

I . AUFSÄTZE

1.1. "Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg!" - Die Bästlein-Organisation. Zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Hamburg und Nordwestdeutschland während des Krieges (1939-1945)

Inhalt:

1. Zur Ausgangslage: Verfolgung und Widerstand in Hamburg 1933-1936 (S. 3)
2. Ein Zwischenspiel: Die Abschnittsleitung Nord der KPD in Kopenhagen 1936-1940 (S. 5)
3. Zum biographischen Hintergrund der Hauptakteure der Bästlein-Organisation (S. 9)
4. Das Sozialprofil der Mitstreiter der Bästlein-Organisation (S. 19)
5. Der Aufbau der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation und ihre Kontakte nach Berlin 1941/42 (S. 23)
6. Die Widerstandsaktivitäten der Bästlein-Organisation und ihre politische Orientierung 1942 (S. 28)
7. Die "Fallschirmspringer-Affaire" und die erste Verhaftungswelle 1942 (S. 39)
8. Die Verfolgung der Widerstandsaktivitäten der Bästlein-Organisation in Hamburg 1943-1945 (S. 45)
9. Die Widerstandsaktivität von Franz Jacob und Bernhard Bästlein in Berlin 1942-1945 (S. 50)
10. Anlage (S. 53)
11. Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 55)

1. Zur Ausgangslage: Verfolgung und Widerstand in Hamburg 1933-1936

Hamburg zählte neben Berlin, dem Ruhrgebiet und den industriellen Zentren Sachsens und Thüringens zu den traditionellen Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung. Bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg hatten rund 60% der Hamburger für die SPD gestimmt. Unter der Weimarer Republik war zwar eine leicht rückläufige Tendenz bei den Wahlergebnissen für die Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD festzustellen, aber noch bei den letzten freien Wahlen in der Hansestadt am 6.11.1932 votierten mehr als 50% der Wahlberechtigten für SPD (28,6%) und KPD (21,9%). Die NSDAP erhielt dagegen nur einen Anteil von 27,2% der Stimmen. Die Zahl der NSDAP-Mitglieder in Hamburg betrug noch Anfang der 30er Jahre weniger als 5.000 Personen, während die SPD über rund 58.000 und die KPD über etwa 11.000 Mitglieder verfügten. Zudem erreichten die Arbeiterparteien Hunderttausende von Menschen, die in den Gewerkschaften, der ausgeprägten Genossenschaftsbewegung oder den Sport-, Kultur- und sonstigen Vereinigungen der Arbeiterbewegung organisiert waren.

Vor diesem Hintergrund befand sich die NSDAP in der Hansestadt auch nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" in einer schwierigen Ausgangslage. Um die organisierte Arbeiterbewegung niederzuhalten, wurden - ähnlich wie im Ruhrgebiet oder Berlin - zunächst Mittel und Methoden des offenen Terrors eingesetzt. Gleich zwei "Kommandos z. b. V." (zur besonderen Verwendung) fahnde-

ten überall in der Stadt nach bekannten NS-Gegnern, durchkämmten ganze Straßenzüge und Arbeitersiedlungen, schlugen Menschen auf offener Straße zusammen und führten andere in "Schutzhaft" ab. Da die Polizeigefängnisse bald überfüllt waren, errichtete man noch 1933 Konzentrationslager in Wittmoor und Fuhlsbüttel ("Kolafu"). Federführend und koordinierend wirkte bei diesen ersten Verfolgungsmaßnahmen der gerade 33jährige Hamburger Gauleiter und "Reichsstatthalter" Karl Kaufmann. Ihm standen bald zwei weitere junge und agile Nationalsozialisten zur Seite, nämlich der Hamburgische Justizsenator und spätere Oberlandesgerichtspräsident Dr. Curt Rothenberger (geb. 1896) und der im Herbst 1933 eingesetzte Hamburger Gestapo-Chef Bruno Streckenbach (geb. 1902). Streckenbach und Rothenberger sollten ihre Karrieren im weiteren Verlauf der NS-Herrschaft auch auf Reichsebene fortsetzen.

Dem Treiben der "Kommandos z.b.V." setzte Bruno Streckenbach schon im Herbst 1933 ein Ende - und an ihre Stelle traten im Zuge einer zweiten Verfolgungsphase verfeinerte Bespitzelungs-, Vernehmungs- und Foltermethoden. Aufstrebenden Kriminalassistenten und Wachtmeistern der Schutzpolizei wurde bei der Hamburger Gestapo eine Chance geboten. Durch geschickte Verhandlungsführung und unter Hinweis auf besondere "staatspolizeiliche Gefahren" in der Hafenstadt gelang es Bruno Streckenbach, schon in den ersten Jahren eine günstige finanzielle Ausstattung seiner Behörde zu erreichen. Die "Staatspolizeileitstelle Hamburg", der mit dem Gebiet des Wehrkreises X (Schleswig-Holstein, Hamburg, Nord-Niedersachsen) ein besonders großer Bereich unterstand, galt ab Mitte der 30er Jahre als "mustergültige" Einrichtung - und bis in die Kriegszeit hinein hielt der 1939 nach Berlin beorderte Streckenbach seine "schützenden Hände" über seine Hamburger Kameraden.

Bei der weiteren Verfolgung von verhafteten Gegnern des NS-Regimes durch die Organe der nationalsozialistischen Justiz nahmen Hamburg und sein Umland ebenfalls eine besondere Rolle ein. So entwickelten das neugeschaffene "Hanseatische Sondergericht" und die politischen Strafsenate des Hanseatischen Oberlandesgerichts bereits 1933 eine regelrechte "Kampfrechtsprechung" gegen angeklagte Kommunisten und Sozialdemokraten. Dabei standen ihnen allerdings das "Sondergericht für den Bezirk des Oberlandesgerichts Kiel" mit Sitz in Altona und die bis 1937 für das Hamburger Umland zuständigen politischen Strafsenate des Berliner Kammergerichts kaum nach. Nirgendwo in Deutschland wurden in den ersten Jahren der NS-Herrschaft so viele Todesurteile gesprochen und mit dem Handbeil vollstreckt wie in Hamburg und in dem bis 1937 zu Schleswig-Holstein gehörenden Altona. Dabei gelangten in dieser Zeit auch viele spätere Angehörige der Bästlein-Organisation erstmals vor die Tribunale der nationalsozialistischen Justiz und wurden wegen politischer Delikte abgeurteilt. Der zunächst als Justizsenator und ab 1935 als Oberlandesgerichtspräsident wirkende Dr. Curt Rothenberger hatte mit permanenten Besprechungen, Berichten, Weisungen und Absprachen durch sämtliche Instanzen und auf allen Ebenen für besonders rigorose Justizlenkung in der Hansestadt gesorgt. Und die Konsequenzen zeigten sich nicht nur bei der Verfolgung politischer Gegner, sondern auch in der "Rasseschande"-Rechtsprechung des Landgerichts Hamburg, die weitaus schärfer war als in Berlin, Frankfurt oder Köln und von antisemitischen Ausfällen nur so strotzte.

Neuere Forschungen auf den Gebieten der Sozial-, Gesundheits- und Bevölkerungspolitik haben des weiteren offengelegt, daß in Ham-

burg schon früh sozialdarwinistische Maxime auch das Verwaltungshandeln prägten. Ganze Stadtteile wurden abgerissen, um angebliche "Brutstätten der Asozialität" und des "Marxismus" zu zerstören. Die Erfassung, Aussonderung und Vernichtung von Juden, "Zigeunern", Kranken, Behinderten und sogenannten "Asozialen" wurde in der Hansestadt mit besonderer Intensität betrieben. Während etwa der letzte Reichsjustizminister Dr. Otto Thierack erst ab 1942 versuchte, die "kriminalbiologische" Begutachtung von Angeklagten im Strafverfahren einzuführen, zählten entsprechende Maßnahmen in Hamburg schon seit Ende der 30er Jahre zur üblichen Justizpraxis. Es kann daher wohl mit Recht davon gesprochen werden, daß Hamburg sich während der 30er Jahre allmählich zu einem nationalsozialistischen "Mustergau" entwickelte, während das benachbarte Schleswig-Holstein auf Grund der menschlichen Dispositionen weiter Teile seiner Bevölkerung zu den eigentlichen "Kernlanden" des Nationalsozialismus zählte.

Der organisierte Widerstand aus der Arbeiterbewegung war in Hamburg bis Ende 1935 faktisch zerschlagen worden. Die KPD hatte mindestens vier Bezirksleitungen eingebüßt, allein von März 1933 bis Oktober 1934 waren über 5.000 Mitglieder zumindest in "Schutzhaft" genommen worden, und die Kräfte der Partei zur Fortsetzung eines breiten "Massenwiderstandes" in der Hansestadt waren verbraucht. Aus den Reihen der SPD hatten sich ohnehin nur relativ wenige und dabei meist jüngere Mitglieder zur Bildung aktiver Widerstandsgruppen entschlossen, die bis Mitte 1935 in zwei Verhaftungswellen ebenfalls von der Gestapo aufgerollt worden waren. Eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten blieb in der Hansestadt auch im Widerstand die Ausnahme. Zu tief waren die Gräben, die der voluntaristische "Hamburger Aufstand" von 1923, die Verfolgung von Kommunisten durch sozialdemokratische Polizeiorgane unter der Weimarer Republik, die "Sozialfaschismus"-These der KPD und die Anbiederungsversuche rechter Kreise der Hamburger SPD an die Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 hinterlassen hatten. Selbst in der ab 1941 entstehenden Bästlein-Organisation arbeiteten - im Gegensatz zu anderen von Kommunisten geleiteten Widerstandsorganisationen während des Krieges - nur ganz vereinzelt Sozialdemokraten mit.

2. Ein Zwischenspiel: Die Abschnittsleitung Nord der KPD in Kopenhagen 1936-1940

"Die Jahre von 1935 bis 1941 waren ruhige Zeiten. Widerstandsbewegungen traten kaum auf." Mit diesen Worten charakterisierten führende Mitarbeiter der Hamburger Staatspolizeileitstelle in Vernehmungen nach 1945 die Lage in der Hansestadt im Anschluß an die Zerschlagung des organisierten Widerstands der Arbeiterbewegung. Lediglich kleinere kommunistische Widerstandszirkel waren nach 1935 noch in Hamburg aktiv. Auf der "Brüsseler Konferenz" im Oktober 1935 bei Moskau hatte die KPD Konsequenzen aus dem Scheitern ihrer Strategie vom "Massenwiderstand" und der Hoffnung auf einen baldigen Sturz Hitlers gezogen. Die gegen die SPD gerichtete "Sozialfaschismus"-Theorie wurde endlich fallengelassen und stattdessen nach Ansätzen für "Volksfront"-Aktivitäten aller NS-Gegner und insbesondere der Arbeiterparteien gesucht. Die Taktik des kommunistischen Widerstands in Deutschland änderte sich ebenfalls: Im Vordergrund stand nun nicht länger die Demonstration quantitativer Stärke, sondern die Suche nach neuen, qualitativ besseren Formen des Widerstands und die Sicherung der eigenen Organisation gegen Zugriffe der Gestapo. Organisatorisch

sollte an die Stelle der zerschlagenen Parteistrukturen im Inland die Anleitung des Widerstands durch Abschnittsleitungen im Ausland treten. Dabei kam den Abschnittsleitungen "Mitte" in Prag (für Berlin sowie Sachsen und Thüringen), "West" in Amsterdam (für das Ruhrgebiet und Bremen) und "Nord" in Kopenhagen (für Hamburg, Schleswig-Holstein und die Ostseeküste) die größte Bedeutung zu.

In Kopenhagen hatte die Bezirksleitung "Wasserkante" der KPD angeblich bereits 1932/33 eine illegale Anlaufstelle unterhalten. Darüber hinaus führte hier Ernst Wollweber sein legendäres Büro der "Internationale der Seeleute und Hafendarbeiter". Die Zahl der deutschen Emigranten in Dänemark betrug allerdings 1937 nur 1.512 Personen. Nach offiziellen Angaben der dänischen Fremdenpolizei handelte es sich dabei um 845 Juden, 221 Sozialdemokraten, 118 Kommunisten, 156 "Intellektuelle" und 172 "Sonstige". Die wirtschaftliche Lage der kommunistischen Emigranten war besonders schlecht, da sie keinerlei staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten und nur von "Røde Hjaelp" (der dänischen "Roten Hilfe") mit geringen Geldmitteln unterstützt wurden. Als "Emigrationsleiter" der deutschen Kommunisten fungierte bis 1936 der Flensburger Julius Jürgensen und anschließend der Hamburger Wilhelm Grünert. An der Spitze der sozialdemokratischen Emigration stand der ehemalige Kieler SPD-Geschäftsführer Richard Hansen. Er kontrollierte nicht nur das "Matteotti-Komitee" zur Unterstützung sozialdemokratischer Emigranten, sondern leitete auch das "Grenzsekretariat Nord" der Sopade. Richard Hansen lehnte dabei jede Zusammenarbeit mit Kommunisten kategorisch ab und machte selbst sozialistischen "Abweichlern" von SAP oder Neu Beginnen erhebliche Schwierigkeiten.

Während die kommunistischen Emigranten legal in Dänemark lebten, wurde die Abschnittsleitung Nord der KPD nach konspirativen Grundsätzen organisiert, und die meisten Mitarbeiter lebten illegal im Lande. Als erster Leiter der Abschnittsleitung Nord fungierte der noch Ende 1935 aus Moskau eintreffende Sepp Schwab. An seine Stelle trat im April 1937 Heinrich Wiatrek, ein 1896 geborener Oberschlesier, der 1933/34 die Lenin-Schule in Moskau absolviert hatte, anschließend im Ruhrgebiet eingesetzt war und auf der "Brüsseler Konferenz" Ende 1935 auch ins ZK der KPD gewählt wurde. Als "zweiter Mann" der Abschnittsleitung fungierte zunächst der 1902 in Hamburg geborene, ehemalige Betriebsratsvorsitzende von Blohm und Voss, Herbert Warnke. Er wurde im Februar 1938 von dem Berliner Conrad Blenkle (Jahrgang 1901) abgelöst, der unter der Weimarer Republik zeitweilig den KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) geleitet hatte. Sowohl Warnke als auch Blenkle versuchten von Kopenhagen aus insbesondere Kontakte nach Kiel, Lübeck, Stettin und Danzig zu knüpfen sowie deutsche Seeleute für die illegale Arbeit zu gewinnen. Als "dritter Mann" der Abschnittsleitung Nord fungierte schließlich der im September 1936 nach Dänemark emigrierte Paul Helms, ein im Jahre 1901 gebürtiger Hamburger, der bereits 1934 wegen "Hochverrats" vom Hanseatischen Oberlandesgericht zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt worden war. Helms befaßte sich insbesondere mit der Anleitung des Widerstands in seiner Heimatstadt, die gleichzeitig den Schwerpunkt für die Agitationsarbeit der Abschnittsleitung Nord bildete. So standen für Hamburg auch gleich drei Instrukteure zur Verfügung, nämlich die beiden Absolventen der Lenin-Schule Arthur Mannbar (aus dem Saarland) und Johannes Verner (aus Sachsen) sowie der aus Hamburg stammende Emigrant Karl Nieter. Daneben wurden durch den Instrukteur Georg

Börsch vor allem Lübeck und die deutsche Ostseeküste betreut. Die Abschnittsleitung Nord verfügte darüber hinaus über verschiedene Mitarbeiter in Kopenhagen, die im dortigen Sekretariat arbeiteten, Kurier-Dienste ausführten, als "Abwehr"-Leute gegen Gestapo-Agenten fungierten oder für Spezialaufgaben eingesetzt wurden.

Als wichtigste Agitationsmittel standen der Abschnittsleitung Nord der KPD die illegale "Rote Fahne", verschiedene Tarnschriften und Flugblätter und das in Kopenhagen selbst hergestellte "Volksfront"-Organ "Nordeutsche Tribüne" zur Verfügung. Eine wichtige Rolle spielte auch die Beschaffung und Auswertung von Berichten und Nachrichten aus Deutschland selbst. Vor allem Hamburger Hafentarbeiter lieferten aufschlußreiche Informationen über die Einschiffung von Kriegsmaterial nach Spanien, die von Kopenhagen aus an die internationale Presse weitergegeben wurden. Darüber hinaus gelangten Stimmungsberichte und Einzelinformationen aus verschiedenen Betrieben und insbesondere von den Werften in Norddeutschland zur Kopenhagener Abschnittsleitung. Gelegentlich konnte darauf mit der Herstellung besonderer Flugblätter reagiert werden, die dann von Dänemark aus nach Deutschland eingeschmuggelt wurden. Auf diese Weise gelangte z. B. Anfang 1939 ein Flugblatt auf die Hamburger Werft Blohm und Voss zur Verteilung, daß die tarifpolitische Situation kommentierte und Losungen wie "Acht Stunden - genug geschunden!", "Wie der Lohn - so die Leistung!" und "Langsamer arbeiten!" enthielt.

Darüber hinaus entwickelte die Abschnittsleitung Nord selbst für das agrarisch geprägte Schleswig-Holstein, wo die Zustimmung der Bevölkerung zum Nationalsozialismus besonders groß war, eigene Agitationsmittel. So wurden einige Ausgaben einer "Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung" herausgegeben. Des weiteren versuchte man, den legendären Anführer der "Landvolkbewegung", Claus Heim, für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Heim, in dessen Vorstellungswelt sozialrevolutionäre, völkische und antisemitische Einflüsse eine merkwürdige Symbiose eingegangen waren, lebte zu dieser Zeit zurückgezogen auf seinem Familiensitz in Dithmarschen. Zwar scheint eine konkrete Zusammenarbeit mit ihm nicht zustande gekommen zu sein, aber die Abschnittsleitung Nord der KPD ließ jedenfalls auch unter dem Titel von Heims altem "Landvolk"-Blatt "Dusendüwelswarf" einige Ausgaben einer besonderen Zeitung erscheinen. Trotz dieser weitgespannten Aktivitäten verfügte die Kopenhagener Abschnittsleitung offenbar nur über relativ wenige, aktive Widerstandsgruppen in Norddeutschland selbst. Lediglich für Hamburg lassen sich verschiedene Widerstandszirkel unter den Hafen- und Werftarbeitern sowie in den Stadtteilen Harburg und Altona nachweisen. Darüber hinaus existierte möglicherweise bereits zu dieser Zeit ein kleiner Kreis kommunistischer NS-Gegner um den Kieler Werftarbeiter Hein Wadle. Neben einer Reihe von Einzelkontakten besaß die Abschnittsleitung Nord offenbar feste Anlaufstellen in Flensburg, Kiel, Lübeck und Stettin.

Der Niedergang und das Ende der Abschnittsleitung Nord der KPD in Kopenhagen begannen mit dem Hitler-Stalin-Pakt und dem deutschen Überfall auf Polen. Unter den in Dänemark lebenden deutschen Kommunisten setzten schon im August 1939 heftige Diskussionen und Auseinandersetzungen über die neue deutsch-sowjetische Zusammenarbeit ein. Heinrich Wiatrek, der Leiter der Abschnittsleitung Nord, erklärte, der Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland müsse nun eingestellt und die Sowjetunion "am West-

wall verteidigt werden". Hauptfeind sei jetzt der britisch-französische Imperialismus. Andere deutsche Kommunisten vertraten hingegen die Auffassung, daß Frankreich und Großbritannien die Demokratie verteidigten und rückten insbesondere nach dem Beginn des militärischen Angriffs der Sowjetunion auf Finnland Ende November 1939, der die Öffentlichkeit in den skandinavischen Ländern besonders erschütterte, von der offiziellen kommunistischen Linie ab. Auch das Politbüro und das ZK der KPD in Moskau benötigten Monate, bis sie sich im Januar 1940 auf die völlig veränderten politischen Konstellationen eingestellt hatten. Der Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland sollte nun doch fortgesetzt und sogar intensiviert werden. Die Mitarbeiter der bisherigen Abschnichtsleitungen erhielten - soweit sie unterdessen nicht interniert oder verhaftet worden waren - die Anweisung, illegal nach Deutschland einzureisen und dort den direkten Widerstandskampf aufzunehmen. Es gelang jedoch praktisch nur der Abschnichtsleitung "West" der KPD in Amsterdam, diese Anweisung umzusetzen, woraus dann in den Jahren 1941/42 die vor allem im Ruhrgebiet operierende Knöchel-Organisation hervorging. An Stelle der bisherigen Abschnichtsleitungen war die Errichtung einer zentralen "Auslandsleitung" der KPD in Stockholm vorgesehen, an deren Spitze der "erste Mann" der ehemaligen Abschnichtsleitung "Mitte" (in Prag) Karl Mewis sowie Heinrich Wiatrek und Herbert Wehner stehen sollten. Doch während der erst Anfang 1940 aus Moskau in Stockholm eingetroffene Karl Mewis noch damit befaßt war, die neuen Instruktionen von Politbüro und ZK der KPD weiterzuleiten und umzusetzen, begann am 9. April 1940 die deutsche Okkupation Dänemarks und Norwegens.

Die Staatspolizeileitstelle Hamburg ließ schon bald nach der deutschen Besetzung erste Verhaftungen in Kopenhagen vornehmen. Dabei führten dänische Kontaktadressen der Abschnichtsleitung Nord, die der Gestapo durch die seit Kriegsbeginn umfassende Zensur von Auslandspost bekanntgeworden waren, zunächst auf die Spur des Instrukteurs Arthur Mannbar. Im Anschluß an seine Festnahme und Überführung nach Hamburg konnten ihm erste weiterführende Aussagen abgepreßt werden. Dann kam der Gestapo die Reichspost zu Hilfe, die Anfang 1941 einen falsch adressierten Brief übermittelte. Darin wurde der Harburger Kontaktmann der Abschnichtsleitung Nord, Karl Köhler, von Arthur Emmerlich gebeten, Vorbereitungen für seine Rückkehr nach Schweden zu treffen. Emmerlich war nämlich im Mai 1940 auf Geheiß von Karl Mewis und mit Hilfe des in Kopenhagen tätigen Paul Helms als Instrukteur nach Deutschland eingeschleust worden, hatte eine rege Widerstandstätigkeit in Berlin entfaltet, konnte sich dort aber nach sechs Monaten nicht länger halten. Die Staatspolizeileitstelle Hamburg nahm nun umgehend den Kontaktmann Karl Köhler fest, und nach einiger Zeit war dieser bereit, mit seinen Verfolgern zusammenzuarbeiten. Köhler wurde also - mit dem Schreiben Emmerlichs als Ausweis in der Tasche - nach Kopenhagen in Marsch gesetzt, wo er mit Heinrich Wiatrek, Karl Nieter und Paul Helms in Verbindung trat. Kurz darauf gelang der Staatspolizeileitstelle Hamburg am 19.5.1941 mit der Verhaftung Heinrich Wiatreks in Kopenhagen ein entscheidender Schlag. Im Juli 1941 konnte dann ebenfalls Karl Nieter festgenommen werden, im August 1941 folgte der Instrukteur Georg Börsch und am 20.10.1941 wurde auch Paul Helms festgesetzt. Gleichzeitig rollte die Staatspolizeileitstelle Hamburg das Netz der Anlaufstellen und Kontaktpersonen der Abschnichtsleitung Nord in Hamburg, Lübeck und Kiel auf. Mit der Verhaftung von Conrad Blenkle am 16.12.1941 in Kopenhagen war die Aktion gegen die ehemalige Abschnichts-

leitung Nord der KPD weitgehend abgeschlossen. Lediglich der Instrukteur Johannes Verner hatte sich dem Zugriff der Häscher entziehen können.

Mit dem erfolgten Abschluß der Aktion gegen die Abschnittsleitung Nord der KPD in Kopenhagen konnte sich die Staatspolizeileitstelle Hamburg noch einmal als besonders tüchtige Verfolgungsbehörde profilieren. Die Vernehmungsprotokolle der in Kopenhagen Verhafteten wurden bald bei verschiedenen Staatspolizei(leit)stellen im Reich zu Schulungs- und weiteren Ermittlungszwecken herungereicht. Bis auf Arthur Mannbar, der zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt wurde und das Kriegsende überlebte, verurteilte der Volksgerichtshof 1942 sämtliche Führungskader der Abschnittsleitung Nord zum Tode. Heinrich Wiatrek und Paul Helms wurden jedoch als "Hausarbeiter" von der Staatspolizeileitstelle Hamburg zurückgehalten. Sie erhielten halbjährlich einen Aufschub hinsichtlich der Vollstreckung der Todesstrafe. Auf diese Weise überlebte Paul Helms in Hamburg das Kriegsende, während Heinrich Wiatrek schließlich noch im Frühjahr 1945 hingerichtet worden sein soll. Bei weiteren Ermittlungen wurden Helms und Wiatrek dann immer wieder zu bestimmten Verbindungslinien der illegalen KPD und der Tätigkeit verschiedener Emigranten vernommen. Auch präsentierte man die beiden bekannten Kommunisten 1942 Verhafteten aus der Bästlein-Organisation, um damit zu zeigen, daß nach umfassenden Gestapodaten mit der Gnade der Gestapo gerechnet werden könne. Daneben setzte die Hamburger Staatspolizeileitstelle aber auch untergeordnete Mitarbeiter der ehemaligen Abschnittsleitung Nord bei sich ein. So mußte die in Kopenhagen für den Literaturvertrieb zuständig gewesene Karola Kern, die vom Hanseatischen Oberlandesgericht zu einer sechsjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden war, als Stenotypistin Niederschriften von Vernehmungen der Verhafteten aus der Bästlein-Organisation anfertigen. Liselotte Schlachsis, die ehemalige Sekretärin Conrad Blenkles, wurde dazu allerdings nicht herangezogen, da sie jüdischer Abstammung war. Schon bald nach ihrer Festnahme am 11.8.1941 in Kopenhagen ließ die Staatspolizeileitstelle Hamburg Liselotte Schlachsis in Auschwitz ermorden.

3. Zum biographischen Hintergrund der Hauptakteure der Bästlein-Organisation

Während die Staatspolizeileitstelle Hamburg noch damit beschäftigt war, die Mitarbeiter der Abschnittsleitung Nord in Kopenhagen aufzuspüren und ihre Verbindungslinien nach Deutschland aufzurollen, wurden in der Hansestadt selbst die ersten Vorbereitungen für eine neue, große Widerstandsgruppe getroffen. An der Spitze dieser Organisation sollten bekannte Kommunisten stehen, die die Gestapo selbst als "erste Garnitur" bezeichnete, und die zum größten Teil in den Jahren 1939/40 aus dem KZ Sachsenhausen entlassen wurden. Dabei handelte es sich nicht um eine Art "KZ-Amnestie", sondern um "normale" Entlassungsvorgänge, die bis 1942 noch möglich waren. Sowohl die "Politische Abteilung" der Kommandantur des jeweiligen Konzentrationslagers, als auch die Sachbearbeiter der zuständigen Staatspolizei(leit)stelle hatten sich über die Entlassung eines KZ-Häftlings gutachterlich zu äußern, worüber dann das "Schutzhaftreferat" des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin endgültig entschied. Offensichtlich waren sich die beteiligten Stellen noch 1939/40 darüber einig, daß eine Reihe führender

deutscher Kommunisten aus den Konzentrationslagern entlassen werden konnte. Dabei darf nicht übersehen werden, daß das NS-Regime nach dem "Anschluß" Österreichs, der Zerschlagung der Tschechoslowakei, dem Überfall auf Polen und der Okkupation Dänemarks und Norwegens nahezu den Höhepunkt seiner Popularität erreicht hatte. Als im nachfolgenden "Blitzkrieg" im Westen auch die Niederlande, Belgien und Frankreich binnen weniger Wochen kapituliert hatten, kannte die Begeisterung großer Teile der deutschen Bevölkerung keine Grenzen mehr. Diese allgemeine Stimmungslage wirkte 1939/40 natürlich ebenfalls auf die an der Entlassung von KZ-Häftlingen beteiligten Dienststellen zurück, die - möglicherweise auch angesichts des Hitler-Stalin-Paktes - wohl nicht mit neuerlichen Widerstandsaktivitäten aus der "Schutzhaft" entlassener Kommunisten rechneten.

Vor diesem Hintergrund kehrte im April 1940 auch der damals 45jährige Bernhard Karl Bästlein aus dem KZ Sachsenhausen nach Hamburg zurück. Er entstammte einer alten thüringischen Spielzeug- und Büchsenmacherfamilie. Sein Vater Bernhard Bästlein senior, selbst Büchsenmacher und Tresorbauer, war um 1885 aus Heinrichs bei Suhl nach Hamburg eingewandert und hatte dort die aus einer ostfriesischen Schiffer- und Fischerfamilie stammende Cornelia Kock geheiratet. Bernhard Bästlein junior wurde als viertes von fünf Kindern am 3.12.1894 in Hamburg geboren. Die Eltern wohnten zunächst in der Springeltwiete nahe des Hamburger Hafens und später an der Drehbahn in unmittelbarer Nachbarschaft des Gänsemarktes. Bernhard Bästlein durchlebte offenbar eine weitgehend unbeschwerte Kindheit und Jugend. Unter seinen Kameraden trug er auf Grund des wohl häufig von ihm angebrachten plattdeutschen Ausdrucks "Ich bums Di en" (Ich hau' Dir eine runter) den Spitznamen "Berne Bums". Nach dem Besuch der achtjährigen Hamburger Volksschule, in der er auf Grund "mangelnder Leistungen" die vorletzte Klasse wiederholen mußte, absolvierte Bernhard Bästlein eine vierjährige Lehre als Feinmechaniker. Schon sein Vater war Mitglied der SPD und überzeugter Gewerkschafter, und auch Bernhard Bästlein junior wurde ein eifriger Mitstreiter in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Bei Ausflügen in den Sachsenwald und in die Lüneburger Heide, bei denen Bernhard Bästlein oft singend oder Klampfe spielend voranzog, lernte er 1911 seine spätere Ehefrau, die um zwei Jahre jüngere Johanna Zenk kennen, die ebenfalls aus einer sozialdemokratischen Hamburger Arbeiterfamilie stammte. Als 18-Jähriger trat Bernhard Bästlein 1912 der SPD und dem "Deutschen Metallarbeiter-Verband" bei und zählte zu den eifrigsten Hörern des Hamburger "Arbeiterbildungsvereins". Nach Beginn des Ersten Weltkrieges kam es zu heftigen Auseinandersetzungen in der SPD-Ortsgruppe "Gänsemarkt", als Bernhard Bästlein gegen die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Fraktion im Reichstag Stellung bezog. Sein Hauptkontrahent in der SPD-Ortsgruppe war damals der spätere sozialdemokratische Widerstandskämpfer Max Westphal. Bis Mitte 1915 war Bernhard Bästlein noch bei verschiedenen Hamburger Rüstungsbetrieben beschäftigt, wurde dann eingezogen und durchlitt als Soldat die sinnlosen Materialschlachten an der Westfront. Er sah sich in seiner Stellungnahme gegen den Krieg bestätigt.

Im November 1918 wurde Bernhard Bästlein beim Rückzug der deutschen Truppen aus Frankreich in einen Soldatenrat gewählt, was seine umgehende Entlassung aus dem Feldheer zur Folge hatte, da die Offiziere den "Aufrührer" los sein wollten. Er kehrte nach Hamburg zurück, war zunächst arbeitslos und baute als Anhänger

der USPD eine "Freie Arbeiterjugend" links von der "Sozialistischen Arbeiterjugend" auf. Am 12.6.1920 heirateten Johanna ("Hanna") und Bernhard ("Berne") Bästlein. Beim "Vereinigungsparteitag" im Dezember 1920 schlossen sich die Bästleins der KPD an, und Bernhard wurde im März 1921 als jüngstes Mitglied in die Hamburger Bürgerschaft gewählt. Im Zuge der "Märzaktion" führte Bernhard Bästlein dann am 23.3.1921 einen Demonstrationszug zur Werft von Blohm & Voss an, wo er die Rote Fahne am höchsten Helling hißte. Nachdem es anschließend zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen war, stellte die SPD in der Hamburger Bürgerschaft den Antrag auf Aufhebung der Immunität Bernhard Bästleins, um ihn wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" vor ein politisches Ausnahmegericht stellen zu können. Die KPD organisierte daraufhin seine Flucht in die Sowjetunion. An Bord eines Schiffes, das russische Kriegsgefangene von Stettin aus in ihre Heimat zurückbrachte, gelangte auch Bernhard Bästlein nach Leningrad. Von dort aus wurde er in die wolgadeutschen Siedlungsgebiete entsandt, um als Lektor am dortigen Staatsverlag zu wirken und die "Deutsche Bauernzeitung" mitzubetreuen. Nach einigen Monaten erhielt Bernhard Bästlein dann eine Anstellung als Lehrer an der Deutschen Parteischule in Moskau. Seine Ehefrau Johanna konnte nun aus Hamburg nachkommen. Als die Parteischule plötzlich aufgelöst wurde, arbeitete Bernhard Bästlein noch einige Monate in der metallverarbeitenden Industrie der sowjetischen Hauptstadt. Die Verhältnisse in Moskau jener Jahre waren chaotisch. Johanna konnte sich und ihren Mann oft nur durch Schwarzmarktgeschäfte und regelrechten Kohlenklau durchbringen. Im Dezember 1922 nahmen Johanna und Bernhard Bästlein am IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale teil, wo Lenin, Trotzki und Stalin noch gemeinsam auftraten. Hamburger Deligierte berichteten ihnen von einer Amnestie in Deutschland, so daß die Bästleins im Januar 1923 legal in die Heimat zurückkehren konnten.

Hier wollte Bernhard Bästlein sich nun ein kleines Taxi-Unternehmen aufbauen, wurde jedoch, als er gerade den ersten Wagen halbwegs abbezahlt hatte, von der KPD als Redakteur verpflichtet. Denn nach den Verhaftungen im Zuge des "Ruhrkampfes" waren zahlreiche Lücken in den Stamm der Partei-Journalisten im Rheinland und Westfalen gerissen worden. Bernhard Bästlein sollte daher bei der in Dortmund erscheinenden "Westfälischen Arbeiterzeitung" eingesetzt werden - und er folgte dem Parteiauftrag. Für die Familie begannen damit abermals unruhige Zeiten. Schon nach wenigen Wochen saß Bernhard Bästlein wegen "Pressevergehen" erstmals in Untersuchungshaft. 1924 arbeitete er dann bei der "Roten Tribüne" in Wuppertal-Barmen und 1925 bei der "Bergischen Volksstimme" in Remscheid, wo er auch zum örtlichen Leiter des "Rotfrontkämpferbundes" avancierte und bei Fahrten und Wanderungen zahlreiche "Feuerreden" hielt. 1928 lebten die Bästleins in Hagen, 1929 war Bernhard wieder als Redakteur bei der Solinger "Arbeiterstimme" tätig, und 1930 folgte die Übersiedlung nach Düsseldorf. Eine eigene Wohnung besaßen Johanna und Bernhard Bästlein in allen diesen Jahren nicht, sie lebten bei Genossen in Keller- und Hinterhauswohnungen zur Untermiete, und ihre Lebensumstände waren bedrückend. Die KPD und ihre Parteipresse zahlten schlecht oder gar nicht. Das erste Kind verstarb 1924 kurz nach der Geburt an einem unheilbaren Magenleiden. Bernhard Bästlein stand in diesen Jahren mindestens drei Mal wegen verschiedener Pressedelikte und einmal wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" vor Gericht. Er hatte sich unter-



Abb. 1: Bernhard Bästlein um 1932 als "Politischer Leiter" des KPD-Bezirks "Mittelrhein" mit Sitz in Köln (Foto: In der DDR vertriebene Postkartenserie "Deutsche antifaschistische Widerstandskämpfer", Nr. 7: Bernhard Bästlein).

dessen gute Kenntnisse des politischen Strafrechts angeeignet und verteidigte sich meist selbst, wobei er immer wieder Freisprüche oder geringe Geldstrafen erwirken konnte.

Erst im Februar 1931 wurde Bernhard Bästlein endlich zum "Politischen Leiter" des KPD-Bezirks Mittelrhein mit Sitz in Köln bestellt. Als prominenter Parteisekretär eines mitgliederstarken KPD-Bezirks erhielt er nun auch ausreichende Besoldung. 1932 wurde Bernhard Bästlein überdies in das Preußische Abgeordnetenhaus und am 5.3.1933 in den Reichstag gewählt, ohne daß er sein Mandat noch hätte ausüben können. Die Familie lebte seit 1931 in einer kleinen Wohnung in dem parteieigenen Gebäude Aquinostraße 11 in Köln. Hanna Bästlein war zunächst noch in der kommunistischen Frauenarbeit aktiv, zog sich dann jedoch im Laufe einer zweiten Schwangerschaft 1932 aus der Parteiarbeit zurück. Wenige Wochen vor der nationalsozialistischen "Machtergreifung" wurde der Sohn Bernd geboren. Soweit Zeugnisse über das politische Wirken Bernhard Bästleins als Parteisekretär vorliegen, hielt er sich stur an den Kurs der Berliner Parteizentrale, beschimpfte die SAP als Vereinigung von politischen "Sumpflüthen" und vertrat die "Sozialfaschismus"-Theorie gegen die SPD. Am 7.2.1933 zählte er zu den rund 40 Teilnehmern der letzten illegalen Tagung des ZK der KPD unter dem Vorsitz von Ernst Thälmann im "Sporthaus Ziegenhals" bei Berlin. Anschließend wurde Bernhard Bästlein mit der Leitung des kommunistischen Widerstands im Großraum Frankfurt beauftragt, wo er im Mai 1933 - unterdessen steckbrieflich zur Fahndung ausgeschrieben - einer Verhaftungswelle nicht entgehen konnte.

Als einer der ersten Angeklagten des neugebildeten Volksgerichtshofes stand Bernhard Bästlein im Dezember 1934 vor dem nationalsozialistischen Tribunal in Berlin, das nun im Gebäude des Preußischen Abgeordnetenhauses tagte, wo er noch zwei Jahre zuvor sein Mandat innerhalb der KPD-Fraktion wahrgenommen hatte. Johanna Bästlein, die mit ihrem Sohn unterdessen wieder nach Hamburg übersiedelt war, konnte den ersten Prozeß des Volksgerichtshofes gegen ihren Mann noch als Zuhörerinnen verfolgen. Auch in diesem Verfahren ließ Bernhard Bästlein sich nicht einschüchtern, und als ihn der Vorsitzende fragte, ob er für den Sturz der Hitler-Regierung sei, antwortete Bernhard Bästlein: "Jawohl, mit der Waffe in der Hand." Das Urteil lautete auf 20 Monate Zuchthaus, die Bernhard Bästlein in Siegburg absaß. Am 12.2.1935 wurde er entlassen und kehrte umgehend zu seiner Familie nach Hamburg zurück. Doch die Freiheit währte nicht lange. Schon Anfang März 1935 erschien die Hamburger Gestapo in der kleinen Wohnung am Goldbeckufer - und Bernhard Bästlein wurde in "Schutzhaft" abgeführt. Es folgten fünf furchtbare Jahre in den Konzentrationslagern Esterwegen und Sachsenhausen. Nach verschiedenen Berichten soll Bernhard Bästlein auch dort seine aufrechte Haltung bewahrt haben, wiederholt für seine Kameraden eingetreten sein und selbst den SS-Schergen einen gewissen Respekt abgenötigt haben. Im Winter 1936 zählte er darüber hinaus zu den Mitverfassern des "Sachsenhausen-Liedes", das auf seinen Vorschlag nach der Melodie von "Die Bauern wollen Freie sein" gesungen wurde und dessen erste und letzte Strophe lautete: "Wir schreiten fest im gleichen Schritt/ Wir trotzen Not und Sorgen/ Denn in uns zieht die Hoffnung mit/ Auf Freiheit und das Morgen ...". Hoffnung machte Bernhard Bästlein im KZ Sachsenhausen vor allem eine Reihe von Kommunisten aus Hamburg und Schleswig-Holstein, die ab 1941 zu den Führungskadern der neuen Widerstandsorganisation in Norddeutschland zählen sollten. So lernte er hinter Stacheldraht



Abb. 2: Bernhard Bästlein kurz nach der Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen Ende April 1940. Aus dem vitalen und jugendlich-frisch aussehenden Enddreißiger war ein nach zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Konzentrationslager ein leicht gebeugter grauhaariger Mann mit zerschundenem Gesicht geworden (Foto: Privatbesitz Klaus Bästlein).

u.a. Robert Abshagen, Gustav Bruhn, Hans Christoffers, Franz Jacob und Adolf Wendt kennen, und in kleinen Diskussionszirkeln wurde die politische Lage ventiliert. Daneben kam es zu langen Aussprachen mit dem Sozialdemokraten Julius Leber, die möglicherweise die Grundlage für die im Vorfeld des Staatsstreichversuchs vom 20. Juli 1944 angestrebte Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten bildeten. Auch die Bekanntschaft Bernhard Bästleins mit dem ehemaligen Leiter des Auslands-Ressorts der "Roten Fahne", Wilhelm Guddorf, datierte spätestens aus der gemeinsamen Haft in Sachsenhausen. Damit wurden faktisch unter den Augen der SS die ersten Verbindungen für die spätere Widerstandsarbeit geknüpft. Im Sommer 1938 geriet Bernhard Bästlein allerdings in den Verdacht, die illegalen politischen Diskussionszirkel im Lager angeleitet zu haben, und die SS-Führung des Lagers ließ ihn im "Zellenbau" des KZ Sachsenhausen in Einzelhaft nehmen und wochenlang schwer mißhandeln. Bernhard Bästlein überstand auch diese Zeit. Doch als er schließlich Ende April 1940 zu seiner Familie nach Hamburg zurückkehren konnte, war aus einem vitalen und jugendlich-frisch aussehenden Enddreißiger nach zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Konzentrationslager ein leicht gebeugter, grauhaariger Mann mit zerschundenem Gesicht geworden. An seiner politischen Orientierung allerdings hielt Bernhard Bästlein fest - und sein Haß auf das menschenverachtende Regime des Nationalsozialismus hatte sich nur verstärkt. Er war gebeugt, aber nicht zerbrochen.

Als "zweiter Mann" der sich ab 1941 neu formierenden Widerstandsorganisation in Hamburg und Nordwestdeutschland wirkte spätestens ab Anfang 1942 der damals 34jährige Oskar Henry Max Reincke. Seine Biographie ist bislang nur in groben Umrissen bekannt. Geboren wurde Oskar Reincke am 10.1.1907 als Sohn eines Schiffskontrolleurs in Hamburg. Nach dem Besuch der Volksschule ging er zunächst in eine Lehre als Zimmermann, die er jedoch wegen körperlicher Unzulänglichkeiten nach zwei Jahren abbrechen mußte. Oskar Reincke lernte daraufhin bei seinem Vater zwei Jahre lang den Beruf eines Quartiermachers, den er bis 1927 ausübte. Bereits 1924 war Oskar Reincke dem KJVD beigetreten und wurde Abteilungs- und später Kreisleiter für mehrere Stadtbezirke. Als Mitglied der Vertretung sämtlicher Hamburger Jugendverbände erhielt er 1927 eine Anstellung als Hilfserzieher beim Jugendamt Ochsenzoll. Im Zuge seiner weiteren erzieherischen Ausbildung besuchte Oskar Reincke 1929 ein sozialpädagogisches Seminar in Berlin, das er jedoch verlassen mußte, nachdem ihm die Hamburger Behörden das Stipendium entzogen hatten, weil er sich geweigert hatte, der SPD beizutreten. In Berlin entschied sich Oskar Reincke endgültig für die KPD, wurde auf einen Kurs an der Rosa-Luxemburg-Schule in Fichtenau geschickt und arbeitete anschließend in Berlin und Halle für die "Internationale Arbeiter Hilfe" (IAH). 1931 kehrte Oskar Reincke zunächst als Zellschulungsleiter nach Hamburg zurück, wurde dann Anfang 1932 Stadtteilleiter in Hamburg und im August 1932 Unterbezirksleiter der KPD in Flensburg, wo er den Dithmarscher Christian Heuck als Parteisekretär ablöste. In Flensburg heiratete Oskar Reincke im Dezember 1932 die fünf Jahre ältere Witwe Ella Seidel, geb. Schreck, die aus Zeit in Sachsen-Anhalt stammte, seit 1924 der KPD angehörte und im Oktober 1932 von einem etwa einjährigen Aufenthalt in der Sowjetunion zurückgekehrt war. Schon bald nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" wurde Oskar Reincke am 11.3.1933 in Flensburg verhaftet und bis 1935 in verschiedenen Konzentrationslagern gefangengehalten. Ella Reincke, die zunächst die Frauenarbeit der KPD in Flensburg geleitet hatte, trat nach

der Verhaftung ihres Mannes an die Spitze der illegalen KPD-Organisation in der Grenzstadt. Sie mußte sich allerdings bereits im April 1933 nach Hamburg absetzen, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen. In der Hansestadt wurde Ella Reincke dann im Juni 1933 festgenommen und 1934 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu zwei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der Entlassung aus Konzentrationslager und Gefängnis ließen sich Oskar und Ella Reincke 1935 wieder in Hamburg nieder. Die Gestapo nahm Oskar Reincke 1937 dann noch einmal wegen des Verdachts der "Vorbereitung zum Hochverrat" für zwei Monate in "Schutzhaft". Nach seiner Entlassung fand Oskar Reincke eine Stellung als "Maschinenführer" bei der Hamburger Papiersackfabrik "Hansa". Schon seit 1939 stand er in enger Verbindung zu Robert Abshagen, Hein Bretschneider und Hans Christoffers, der sogenannten "ABC-Kolonne". Und auch Ehefrau Ella Reincke sollte bald zu den aktiven Mitstreitern in der neuentstandenen Hamburger Widerstandsorganisation zählen.

Im September 1940 kehrte schließlich ebenfalls der damals 34jährige Franz Edmund Jacob aus dem KZ Sachsenhausen nach Hamburg zurück. Er zählte schon bald zu den aktiven Mitgliedern der neuentstehenden nordwestdeutschen Widerstandsorganisation und sollte als "dritter Mann" die Funktion des "Agit-Prop-Leiters" einnehmen. Geboren wurde Franz Jacob am 9.8.1906 in Hamburg. Auf Grund guter schulischer Leistungen schaffte er zunächst den Sprung an die Oberschule. Doch weil die Eltern die weitere Ausbildung nicht finanzieren konnten, begann Franz Jacob 1922 eine Lehre auf der Werft von Frank. Seit 1922 gehörte Franz Jacob ebenfalls der Eimsbütteler Ortsgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) an, die nach Auseinandersetzungen mit der SPD-Führung 1925 geschlossen zum KJVD übertrat. Als er seine Lehre beendet hatte, ging Franz Jacob zunächst einige Zeit auf Wanderschaft und fand bei der Rückkehr nach Hamburg eine Beschäftigung als Telegraphenarbeiter bei der Post. Innerhalb des KJVD wurde er nun mit Schulungsaufgaben betraut und fungierte schließlich als Organisationsleiter des KJVD-Bezirks Wasserkante. 1929 arbeitete Franz Jacob eine zeitlang als Gerichtsberichterstatte für die kommunistische "Hamburger Volkszeitung" und anschließend wieder in seinem erlernten Beruf als Maschinenbauer auf der Werft Reiherstieg. 1930 wurde Franz Jacob als Instrukteur der KPD in Schleswig-Holstein eingesetzt, wo er insbesondere den "Antifaschistischen Kampfbund" aufbaute und in Kiel auch zeitweilig selbst leitete. Von Oktober 1930 bis März 1931 fungierte Franz Jacob erneut als Berichterstatte für die Partei-Presse und zwar diesmal beim "Norddeutschen Echo", dem KPD-Organ für Schleswig-Holstein. Im März 1931 wurde er dann als "dritter Mann" in die Leitung des Bezirks Wasserkante der KPD in Hamburg berufen. Franz Jacob zählte nun zu den festbesoldeten Mitarbeitern der Partei und war insbesondere für den Bereich der Agitation, Propaganda und Schulung (Agit-Prop-Leiter) zuständig. Er redigierte daher auch den "Leninisten", das theoretisch-propagandistische Organ der KPD Wasserkante. Am 24.4.1932 wurde Franz Jacob schließlich zudem als Abgeordneter in die Hamburger Bürgerschaft gewählt. Nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" erhielt Franz Jacob zunächst Anfang April 1933 den Auftrag, die Leitung der illegalen Arbeit im KPD-Bezirk Nordwest mit Sitz in Bremen zu übernehmen. Mitte Juli 1933 wurde er dann zur Fortsetzung der Widerstandsarbeit nach Berlin beordert, wo er bei einem konspirativen Treffen im "Cafe Vaterland" am 18.8.1933 verhaftet wurde. Auch Franz Jacob zählte darauf zu den ersten Angeklagten vor dem neugebildeten Volksgerichtshof. Das nationalsozial-



Abb. 3: Franz Jacob - Portraitaufnahme aus dem Jahre 1942 (Foto: Privatbesitz Ursel Hochmuth, Hamburg)

stische Tribunal verurteilte ihn am 20.8.1934 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu drei Jahren Zuchthaus. Nach der Strafverbüßung im Zuchthaus Bremen-Oslebshausen wurde Franz Jacob 1936 direkt in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellt. Dort stieß er nicht nur auf eine Reihe bekannter Kommunisten wie Robert Abshagen, Gustav Bruhn und Heinz Nilsson, sondern lernte auch Bernhard Bästlein kennen, der die Hansestadt ja schon 1932 im Parteauftrag verlassen hatte. Franz Jacob wurde im KZ Sachsenhausen als Häftlingsschreiber in der Abteilung Arbeitseinsatz eingesetzt und konnte in dieser Funktion vielen Gesinnungsgenossen durch die Einteilung in weniger schwere Arbeitskommandos helfen. Er wurde als letzter in der Reihe der prominenten KPD-Mitglieder erst im September 1940 aus dem Konzentrationslager entlassen.

Bernhard Bästlein, Oskar Reincke und Franz Jacob bildeten den "Dreierkopf" der sich 1941 neuformierenden Widerstandsorganisation in Nordwestdeutschland. Dabei nahm Bernhard Bästlein auf Grund der schon durch sein Alter größeren Lebenserfahrung und seiner bereits vor 1933 relativ prominenten Stellung die Führungsposition des "politischen Leiters" ein. Die um etwa zehn Jahre jüngeren, aber gleichfalls erfahrenen ehemaligen KPD-Funktionäre Oskar Reincke und Franz Jacob fungierten als "Organisations"- und "Agit-Prop-Leiter".

Neben dem eigentlichen "Dreierkopf" übten noch drei weitere Mitglieder der Widerstandsorganisation leitende und koordinierende Funktionen aus. Durch die Anknüpfung vieler persönlicher Kontakte spielte dabei vor allem Robert Abshagen in der Anfangsphase der Organisation eine wichtige Rolle und gehörte bis zum Frühjahr 1942 - quasi als "vierter Mann" - auch zur Gesamtleitung. Daneben fungierten Walter Bohne und Gustav Bruhn als Leiter der Betriebsgruppen in den Bereichen "Werften" und "metallverarbeitende Industrie". Im folgenden soll daher auch auf den biographischen Hintergrund dieser drei führenden Funktionäre noch kurz eingegangen werden:

Robert Carl Albert Abshagen wurde am 12.1.1911 in Hamburg geboren. Er hatte die Volksschule und anschließend die Aufbauschule bis zur Untersekunda besucht. Danach absolvierte Robert Abshagen eine kaufmännische Lehre, war zunächst bei verschiedenen Versicherungen tätig, fuhr in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit vorübergehend zur See und arbeitete schließlich auf dem Bau. 1931 trat er der KPD bei und wurde ab 1932 im "Polizeizerstzungsapparat" und Nachrichtendienst der Partei eingesetzt. Nach der "Machtergreifung" nahm die Gestapo Robert Abshagen zunächst von Oktober 1933 bis Januar 1934 in "Schutzhaft". Im September 1934 wurde er dann erneut verhaftet und am 8.11.1934 zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" verurteilt, die er in der Strafanstalt Bremen-Oslebshausen absaß. Wenige Wochen nach der Entlassung erfolgte die erneute Festnahme Robert Abshagens durch die Hamburger Gestapo und seine Einlieferung in das KZ Sachsenhausen. Dort wurde er im "Revier" als Krankenpfleger eingesetzt. Am 20.4.1939 erfolgte die Entlassung des damals 28-Jährigen aus dem KZ in seine Heimatstadt Hamburg, wo er umgehend neue Kontakte zu Gesinnungsgenossen knüpfte, die ihm aus der Zeit vor der Inhaftierung oder aus dem KZ Sachsenhausen bekannt waren.

Walter Bohne, der innerhalb der neuentstehenden Widerstandsorganisation die Betriebsgruppen auf den Werften leiten sollte, wurde

am 9.1.1903 als Sohn eines Schneidermeisters in Burg bei Magdeburg geboren. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte Walter Bohne eine Lehre als Schiffsbauer. Seit 1923 war er an verschiedenen Orten in seinem Beruf tätig und ließ sich 1928 endgültig in Hamburg nieder. Bereits 1921 hatte sich Walter Bohne der KPD und dem KJVD angeschlossen, in dem er auch Funktionen als Kassierer und Ortsgruppenleiter wahrnahm. In Hamburg engagierte er sich vor allem im "Arbeiter-Turn-und-Sport-Bund" und im "Rot-Sport", als dessen Landessportwart er schließlich fungierte. Nach der "Machtergreifung" verurteilte das Hanseatische Oberlandesgericht Walter Bohne am 25.5.1934 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu zwei Jahren Zuchthaus. Im Anschluß an die Haftentlassung arbeitete Walter Bohne 1936/37 zunächst bei verschiedenen Firmen und fand 1938 schließlich eine Beschäftigung auf der Peute-Werft. 1939 hatte der damals 36-Jährige bereits wieder einen größeren Kreis von NS-Gegnern um sich versammelt.

Gustav Karl Wilhelm Bruhn, der ab Anfang 1942 die Betriebsgruppen der Widerstandsorganisation in der metallverarbeitenden Industrie leiten sollte, stammte aus Angermünde und wurde dort am 16.3.1889 geboren. Nach dem Schulbesuch erlernte er das Tischlerhandwerk und ging anschließend eine Zeit auf Wanderschaft. 1909 wurde Gustav Bruhn als Wehrpflichtiger zur I. Marinedivision nach Kiel einberufen, wo er seine fünf Jahre jüngere Frau Elisabeth kennenlernte, die aus einer Landarbeiterfamilie in Lunden/Dithmarschen stammte. Nach der Entlassung vom Militär trat Gustav Bruhn 1912 der SPD bei. 1914 erneut einberufen, erlebte er ab 1915 die sinnlosen Materialschlachten des Ersten Weltkrieges. Gustav Bruhn schloß sich dem Spartakusbund an und ließ sich Ende 1918 mit seiner Frau in Heide/Dithmarschen nieder, wo er bei Streiks und sogenannten "Hungerkrawallen" bald als "roter Gustav" zu einer weithin bekannten Person wurde. Nach dem "Vereinigungsparteitag" vom Dezember 1920 schlossen sich Elisabeth und Gustav Bruhn der KPD an. 1925 wurde Gustav Bruhn Parteisekretär und als Leiter des KPD-Unterbezirks Heide-Itzehoe eingesetzt. 1927 erfolgte die Versetzung nach Lübeck. Noch im gleichen Jahr wurde er wegen Verbreitung der von Willy Sachse verfaßten Broschüre "Deutschlands revolutionäre Matrosen" zu drei Jahren Festungshaft verurteilt. Als Gustav Bruhn 1928 in den Preußischen Landtag gewählt wurde, erfolgte seine Entlassung aus der Festung Gollnow in Mecklenburg. Seit 1928 gehörte er auch der Leitung des KPD-Bezirks "Wasserkante" an. Nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" wurde Gustav Bruhn zunächst von April bis Juni 1933 in "Schutzhaft" genommen und dann im September 1933 erneut verhaftet. Bereits 1934 erfolgte die Verurteilung von Elisabeth Bruhn zu zwei Jahren Gefängnis wegen "Vorbereitung zum Hochverrat", die sie in der Strafanstalt Lübeck-Lauerhof zu verbringen hatte. Gustav Bruhn erhielt erst am 14.3.1935 eine dreijährige Zuchthausstrafe wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" vom Volksgerichtshof, die er in der Rendsburger Strafanstalt absitzen mußte. Nach der Entlassung aus der Strafanstalt hielt die Hamburger Gestapo Elisabeth Bruhn noch mehrere Monate im "Kolafu" in "Schutzhaft". Anschließend ließ sie sich in der Hansestadt nieder. Gustav Bruhn wurde nach der Verbüßung seiner Zuchthausstrafe direkt in das KZ Sachsenhausen überführt. Erst im April 1939 konnte der damals 50-Jährige zu seiner Frau nach Hamburg zurückkehren.

4. Das Sozialprofil der Mitstreiter in der Bästlein-Organisation

Vor dem biographischen Hintergrund der Hauptakteure der Bästlein-



Abb. 4: Gustav Bruhn um 1930 (Foto: Institut für Marxismus-Leninismus, Bildarchiv, Berlin-Ost)

Organisation läßt sich auch ihr Sozialprofil nachzeichnen. Von den sechs führenden Funktionären waren vier Handwerker oder spezialisierte Facharbeiter, und zwei fanden als Angestellte, bzw. im Dienstleistungsgewerbe ihr Auskommen. Bemerkenswert ist dabei vor allem, daß die führenden Mitstreiter der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation - vielleicht mit Ausnahme von Robert Abshagen und Walter Bohne - bereits vor 1933 wichtige Aufgaben in der KPD wahrgenommen hatten und zu den vergleichsweise gut besoldeten Parteiarbeitern zählten. Innerhalb der insoweit relativ homogenen Funktionärsgruppe ergaben sich allerdings manche Unterschiede durch die aus Altersgründen abweichende Sozialisation der älteren und jüngeren Mitglieder. Denn Gustav Bruhn und Bernhard Bästlein, die 1940 bereits zur Generation der über 45-Jährigen zählten, waren noch entscheidend von den Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich geprägt worden und hatten alte Tugenden der Arbeiterbewegung wie persönliche Zurückhaltung, absolute Verlässlichkeit und eiserne Disziplin verinnerlicht. Die jüngeren Funktionäre dagegen, die ja alle erst nach der Jahrhundertwende zur Welt gekommen waren, wuchsen in den Hungerjahren des Ersten Weltkriegs und den Nachkriegswirren in der Zeit bis 1923 auf und erreichten kurze Zeit später meist problemlos die Stellung fest besoldeter Parteiarbeiter. Den jüngeren KPD-Funktionären aus der Zeit vor 1933 fehlten daher nicht nur die Erfahrungen der älteren Genossen, sondern sie neigten teilweise auch zu einer gewissen Leichtlebigkeit. Das kam etwa in nächtelangen Zechtouren, einem zuweilen infantil-protzigen Gehabe und einem "freien Sexualleben" zum Ausdruck, hinter dem sich tatsächlich oft nur chauvinistische Verhaltensweisen gegenüber Frauen verbargen. Und erst die dadurch hervorgerufenen persönlichen Verletzungen erklären wohl auch, warum einzelne Sekretärinnen der ehemaligen "Bezirksleitung Wasserkante der KPD" nach 1933 eifrig mit der Gestapo zusammenarbeiteten.

Während die Unterschiede in der Sozialisation der älteren und jüngeren Funktionäre natürlich nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" fortwirkten, wurden die Verfolgungsmaßnahmen der neuen Machthaber gemeinsam durchlebt und durchlitten. Niemand von den Führungskadern der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation hatte nach 1933 in der Emigration gelebt oder gar - wie die führenden Mitarbeiter der Knöchel-Organisation im Ruhrgebiet - an längeren Schulungskursen in der Sowjetunion teilgenommen. Die führenden Mitarbeiter der Bästlein-Organisation wurden nach 1933 vielmehr besonders hart von den nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen getroffen. So zählten Franz Jacob, Bernhard Bästlein und Gustav Bruhn 1934/35 zu den ersten Angeklagten des Volksgerichtshofes, während Robert Abshagen und Walter Bohne vom Hanseatischen Oberlandesgericht abgeurteilt wurden. Bis auf Walter Bohne hatten sämtliche führenden Mitglieder der Organisation auch längere Zeit in Konzentrationslagern verbracht. Robert Abshagen, Bernhard Bästlein, Gustav Bruhn und Franz Jacob waren faktisch sogar während des ganzen Zeitraums zwischen 1933 und 1939/40 in Zuchthäusern und Konzentrationslagern inhaftiert. Und durch die gemeinsamen Haftjahre wurden natürlich nicht nur die Unterschiede in der Sozialisation der Führungskader der Bästlein-Organisation nivelliert, sondern die Erfahrung der nationalsozialistischen Verfolgung war auch geradezu charakteristisch für den Widerstand in Nordwestdeutschland ab 1941. Denn die Führungskader der Bästlein-Organisation wußten nur zu gut, in welche Gefahr sie sich mit ihrer illegalen Tätigkeit begaben. Und das ungebrochene "Trotzdem" der alten KPD-Funktionäre aus Hamburg und

Schleswig-Holstein prägte auch ihren Widerstandskampf in besonderer Weise.

Was für die Führungskader der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation galt, traf mit gewissen Einschränkungen auch auf das Sozialprofil der weiteren Mitstreiter zu. Dabei ist in diesem Zusammenhang zunächst davon auszugehen, daß insgesamt etwa 200 Personen in Hamburg, Kiel, Flensburg, Lübeck, Rostock und Bremen auf verschiedene Art und Weise und mit sehr unterschiedlicher Intensität an den Widerstandsaktivitäten beteiligt waren. Über 61 Hamburger Mitglieder, die vornehmlich zum aktiven Kern der Organisation zählten, liegen genauere Unterlagen vor, die die Grundlage für die folgenden Angaben bilden. Danach betrug innerhalb der Organisation der Anteil der Arbeiter 73,7%, der Angestellten 16,5% und der sonstigen Erwerbspersonen (Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte) 9,45%, während sich die entsprechenden Verhältniszahlen innerhalb der Hamburger Gesamtbevölkerung 1941 auf 46,5% Arbeiter, 19,7% Angestellte und 33,8% sonstige Erwerbspersonen beliefen. Signifikant war für die Widerstandsorganisation also vor allem der hohe Arbeiteranteil und das Zurücktreten der selbständigen Berufe und der Beamtenschaft. Eine nähere Betrachtung der Ausbildungsberufe der Mitglieder der Widerstandsorganisation zeigt weiterhin, daß es sich bei ihnen fast durchweg um qualifizierte Handwerker und hochspezialisierte Industriearbeiter handelte. Anders als in der KPD-Mitgliedschaft Anfang der 30er Jahre, die von ungelernten Arbeitern und Erwerbslosen geprägt wurde, traten in der kommunistischen Widerstandsorganisation während des Krieges also die aufsteigenden Gruppierungen der Facharbeiter, Handwerker und zum Teil auch der Angestellten hervor.

Dabei dominierte unter den Mitgliedern der Bästlein-Organisation ebenso wie in ihrer Leitung die Generation der 30- bis 40-Jährigen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Mitglieder belief sich auf 50,5%, während der Anteil der 40- bis 60-Jährigen 14,7% und der unter 30-Jährigen 4,9% betrug. Auffällig war mithin vor allem die sehr geringe Beteiligung der jüngeren Generation der unter 30-Jährigen, die auch bei anderen kommunistischen Gruppierungen während des Krieges festgestellt worden ist. Denn aus naheliegenden Gründen war es nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" nicht mehr möglich, nachwachsende Generationen in das kommunistische Milieu einzubinden. Bemerkenswert erscheint des weiteren, daß auch der Anteil der über 40-Jährigen bei den Mitstreitern der Bästlein-Organisation relativ gering blieb. Diese Tatsache ist ebenfalls bereits bei anderen KPD-Gruppierungen während des Krieges festgestellt worden und läßt sich daraus erklären, daß ältere Kommunisten die Erfolgsaussichten von Widerstandsaktivitäten offenbar sehr skeptisch beurteilten und daher nicht ohne weiteres bereit waren, ihre gesamte Existenz dafür aufs Spiel zu setzen. In Nordwestdeutschland korrespondierte dieser Umstand zusätzlich noch damit, daß rund 75% der Mitstreiter in der Bästlein-Organisation bereits vor 1933 der KPD angehört hatten. Anders als in den ebenfalls von Kommunisten geleiteten Widerstandsorganisationen in Sachsen, Berlin und dem Ruhrgebiet blieb vor allem die Beteiligung von Sozialdemokraten in Hamburg sehr gering, was wohl auf die besonders erbitterten Auseinandersetzungen der Arbeiterparteien KPD und SPD in der Hansestadt vor 1933 zurückzuführen ist. Charakteristisch war für die Bästlein-Organisation schließlich noch ein besonderer Umstand, auf den bereits hinsichtlich ihrer Führungskader aufmerksam gemacht worden ist, der aber auch für die Lebenssituation

vieler Mitglieder entscheidende Bedeutung hatte, nämlich die Erfahrung der nationalsozialistischen Verfolgung. Dabei ist es durchaus erstaunlich, daß nahezu jedes zweite Mitglied der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation bereits zwischen 1933 und 1941 wegen politischer Aktivitäten in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern inhaftiert worden war.

Zusammenfassend läßt sich hinsichtlich des Sozialprofils der nordwestdeutschen Widerstandsorganisationen also feststellen, daß es sich bei ihnen vornehmlich um Angehörige der aufsteigenden Schicht der abhängig beschäftigten Handwerker, Facharbeiter und Angestellten handelte, die meist zwischen 30 und 40 Jahre alt waren, schon vor 1933 Anschluß an die KPD gefunden hatten und nach der "Machtergreifung" bereits häufig von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden waren. Eine gewisse Geradlinigkeit prägte diese Widerstandskämpfer ebenso wie ihre ungebrochene Entschlossenheit, sich trotz aller Verfolgungsmaßnahmen dem verhaßten NS-Regime entgegenzustellen. Dies galt für nahezu sämtliche Mitstreiter in der Bästlein-Organisation - und noch verstärkt für ihre Führungskader.

5. Der Aufbau der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation und ihre Kontakte nach Berlin 1941/42

Die Anfänge der kommunistisch geführten Widerstandsorganisation in Nordwestdeutschland während des Krieges lassen sich tatsächlich auf die Entlassung bekannter KPD-Funktionäre aus dem KZ Sachsenhausen in den Jahren 1939/40 zurückführen. Denn obwohl den ehemaligen Häftlingen jede Kontaktaufnahme untereinander verboten war und obwohl sie auch einer besonderen "Nachüberwachung" seitens der Gestapo unterlagen, gelang es ihnen nach der Haftentlassung schon bald, wieder Verbindung untereinander aufzunehmen. Anfangs wurde dabei sehr vorsichtig und konspirativ vorgegangen, und größere Treffen blieben die Ausnahme. Doch da die Gestapo leitstelle Hamburg in der Zeit der deutschen "Blitzsieg" offenbar nicht mit dem Entstehen einer neuen Widerstandsbewegung rechnete und die aus der "Schutzhaft" entlassenen ehemaligen KPD-Funktionäre schnell aus den Augen verlor, konnten die Kontakte ab Mitte 1940 intensiviert werden. Robert Abshagen, Hein Bretschneider und Hans Christoffers, die alle im April 1939 aus dem KZ Sachsenhausen entlassen worden waren, hatten auf dem Bau sogar eine gemeinsame Arbeit gefunden und erlangten durch ihr Auftreten als "ABC-Kolonie" (nach den Anfangsbuchstaben ihrer Familiennamen) einen gewissen Bekanntheitsgrad. Daneben nahm Robert Abshagen schon bald nach der Haftentlassung Kontakt zu Oskar Reincke auf. Als im April 1940 auch Bernhard Bästlein nach Hamburg zurückkehrte, wurden die ersten größeren Treffen arrangiert. Dabei diente ein Atelier über dem Restaurant "Tusculum" am Rödingsmarkt als sicheres Versammlungslokal. Abgesehen von Oskar Reincke waren es ausschließlich ehemalige Häftlinge des KZ Sachsenhausen wie Robert Abshagen, Bernhard Bästlein, Heinz Christoffers, Camillo Friede, Adolf Wendt, Ludwig Eisermann (Rostock) und ab Herbst 1940 auch Franz Jacob, die an diesen Treffen teilnahmen. Zu ihnen stieß mit Wilhelm Guddorf gelegentlich ein Gast aus Berlin, der ebenfalls im KZ Sachsenhausen inhaftiert gewesen war und auf dessen biographischen Hintergrund im folgenden noch kurz eingegangen werden soll, weil die Verbindung zu ihm für die Bästlein-Organisation bald einige Bedeutung erlangen sollte.

Wilhelm Guddorf wurde am 20.2.1902 als Sohn eines Universitäts-

professors in Melle bei Gent in Belgien geboren. Nach dem Abitur studierte Wilhelm Guddorf Sprach- und Literaturwissenschaften sowie Geschichte in Leiden, Paris und Münster. Er war bereits 1922 der KPD beigetreten und gab ein Jahr später sein Studium auf, um im Zuge des "Ruhrkampfes" Kurierdienste für die Partei auszuführen. Anschließend arbeitete Wilhelm Guddorf für den kommunistischen "Rhein-Ruhr- Pressedienst" und die in Düsseldorf erscheinende "Freiheit". Auf Grund seiner vorzüglichen Sprachkenntnisse - er beherrschte nahezu sämtliche europäischen Hochsprachen samt einer Vielzahl von Dialekten - wurde Wilhelm Guddorf 1926 in die Auslandsredaktion der "Roten Fahne" nach Berlin berufen, deren Leitung er einige Zeit später als verantwortlicher Redakteur übernahm. Unter dem Pseudonym Paul Braun verfaßte Guddorf nicht nur zahlreiche Leitartikel, Kommentare und Berichte, sondern veröffentlichte daneben auch literaturhistorische Abhandlungen und Einführungen zu Neuauflagen von marxistischen Schriften sowie Klassikern wie Gotthold Ephraim Lessing. Nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" setzte Wilhelm Guddorf seine Tätigkeit für die "Rote Fahne" zunächst illegal fort, wurde am 17.4.1934 verhaftet und anschließend wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in der Strafanstalt Luckau verbringen mußte. Dort lernte Wilhelm Guddorf den Sinologen Dr. Phillip Schaefer kennen, der ihm auch japanische und chinesische Sprachkenntnisse vermittelte. 1937 erfolgte die Überführung ins KZ Sachsenhausen, wo Wilhelm Guddorf auf eine Reihe bekannter Kommunisten insbesondere aus Hamburg und Schleswig-Holstein traf und sich an den illegalen Schulungszirkeln beteiligte. Nach der Haftentlassung im April 1939 fand Wilhelm Guddorf eine Anstellung in einem Berliner Antiquariat und war nebenbei als Übersetzer tätig. Zudem gelang es ihm, bald wieder Kontakte zu Mitstreitern wie Walter Husemann, John Sieg und Martin Weise zu knüpfen, die ihrerseits Verbindungen zur Schulze-Boysen/Harnack- und Uhrig-Organisation in Berlin verfügten, für die Wilhelm Guddorf ab Mitte 1940 zu einem wichtigen Mitstreiter werden sollte. Darüber hinaus pflegte er kontinuierlich seine Hamburger Kontakte, wobei eine besonders enge Verbindung zu Adolf Wendt und Bernhard Bästlein bestand, die Wilhelm Guddorf auch mehrfach in Berlin besuchten.

Die illegalen Treffen der aus Sachsenhausen entlassenen Hamburger Kommunisten wurden offenbar von Anfang an von dem Willen getragen, zu gegebener Zeit den aktiven Widerstandskampf gegen das NS-Regime fortzusetzen. Daneben spielte es bei den Treffen für die Teilnehmer aber sicher ebenfalls eine Rolle, sich nach den Jahren gemeinsamer Lagerhaft nicht aus den Augen zu verlieren und Erinnerungen auszutauschen. Eines der wichtigsten Gesprächsthemen bildete 1940 zunächst der Hitler-Stalin-Pakt, der auch viele Hamburger Kommunisten tief erschüttert hatte. Im KZ Sachsenhausen war es darüber 1939/40 sogar zur Bildung von drei verschiedenen kommunistischen Fraktionen mit divergierenden Auffassungen gekommen: Manche vertraten selbst im Konzentrationslager die Auffassung, daß man alles unterlassen müsse, was die Position Hitlers (als Stalins Verbündeten!) im Kampf gegen die Westmächte schwächen könnte; andere waren von der seit 1935 vertretenen "Volksfront"-Politik überzeugt und wollten gerade die Demokratien im Kampf gegen den Nationalsozialismus unterstützen; und eine dritte Gruppierung, deren Anhänger überwiegend seit 1933 in Haft waren, lehnte wiederum diese "Volksfront"-Politik als "rechtsopportunistisch" ab. Offenbar scheint auch Bernhard Bästlein als alter KPD-Funktionär Hamburger Prägung am ehesten der dritten Gruppierung zugeneigt zu haben. Jedenfalls aber

gelang es ihm und Wilhelm Guddorf auf Grund einer zutreffenden Analyse der Absichten Hitlers, jeden Streit um den Hitler-Stalin-Pakt zu vermeiden. Denn beide vertraten die Auffassung, daß ein Krieg Hitler-Deutschlands mit der Sowjetunion unvermeidlich sei, und daß daher auch der Widerstand gegen das NS-Regime keinesfalls eingestellt werden dürfe. Allerdings hielt man bei den Treffen 1940/41 die Zeit für die Entfaltung größerer Aktivitäten noch nicht für gekommen, weil die Bevölkerung nach den deutschen "Blitzsiegen" im Norden und Westen von einer Welle nationalistischer Begeisterung erfaßt worden war und dem NS-Regime vorwiegend unkritisch gegenüberstand. Der weitere Verlauf der Ereignisse sollte diese Einschätzungen von Guddorf und Bästlein bestätigen.

Es war zunächst Franz Jacob, der schon im Frühjahr 1941 dafür plädierte, den aktiven Widerstandskampf gegen das NS-Regime wiederaufzunehmen. Spätestens nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 schlossen sich auch Bernhard Bästlein und weitere Teilnehmer an den illegalen Hamburger Treffen dieser Auffassung an. Die sogenannte "ABC-Kolonne" mit Robert Abshagen, Hein Bretschneider und Hans Christoffers betrieb an ihren Arbeitsstellen bereits zu dieser Zeit antinationalsozialistische Mundpropaganda. Und vor allem Robert Abshagen, aber auch Franz Jacob und Oskar Reincke knüpften darüber hinaus Verbindungen zu Kleingruppen von Regimegegnern und einzelnen Kommunisten, die ihnen aus der Zeit vor 1933 bekannt waren. Bei den weiteren Diskussionen um die Wiederaufnahme des aktiven Widerstandskampfes in Hamburg vermittelte Wilhelm Guddorf wohl auch manche Erfahrungen aus der Berliner Uhrig-Organisation. Jedenfalls wurde bei einem Treffen Ende November 1941 in der Wohnung von Robert Abshagen festgelegt, daß sich die künftige nordwestdeutsche Widerstandsorganisation - ähnlich wie die Uhrig-Organisation in Berlin - zunächst vor allem auf Kader in den Großbetrieben stützen sollte. Damit wollte man insbesondere eine Verzettelung in Straßenzellen, Gruppen in Kleinbetrieben usw. vermeiden, die der Gestapo ebenso wie die Wiederaufnahme der Kassierung zahlreiche Zugriffsmöglichkeiten geboten hätte. Das Treffen Ende November 1941, an dem Abshagen, Bästlein, Bretschneider, Jacob und Reincke teilnahmen, ist von den nationalsozialistischen Verfolgungsorganen später als eine Art "Gründungssitzung" der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation bezeichnet worden und endete damit, daß die Teilnehmer Bernhard Bästlein die Ausarbeitung einer Konzeption für die Widerstandsorganisation auftrugen. Nach Fertigstellung dieser Konzeption trafen sich Robert Abshagen und Bernhard Bästlein kurz vor Weihnachten 1941 in Berlin mit Wilhelm Guddorf sowie dessen Vertrauten Fritz Lange und Martin Weise, um das rund sechsseitige Papier zu beraten. Schließlich wurde die Konzeption nach einigen Änderungen als erstes Schulungsmaterial in einigen Exemplaren vervielfältigt und an zuverlässige Mitstreiter weitergegeben. Wichtigstes Ergebnis der Berliner Beratungen war daneben die Übereinkunft, in Hamburg zunächst auf jede Massenagitation mit Flugblättern oder dergleichen zu verzichten, um den Aufbau der Kader-Organisation in den Großbetrieben nicht zu gefährden.

Der Aufbau der Bästlein-Organisation vollzog sich praktisch von "oben" nach "unten". An der Spitze standen - wie bereits ausgeführt - Bernhard Bästlein als politischer Leiter, Oskar Reincke als Organisationsleiter und Franz Jakob als Agitprop-Leiter. Darüber hinaus spielte Robert Abshagen in der Anfangsphase der Organisation als Mitarbeiter der Gesamtleitung

quasi die Rolle eines "vierten Mannes". Im Frühjahr 1942 wurde er jedoch als "unzuverlässig" von der weiteren Mitarbeit in der Gesamtleitung ausgeschlossen, nachdem es zu Meinungsverschiedenheiten mit Oskar Reincke gekommen war. Unterhalb des "Dreierkopfes" der Bästlein-Organisation standen die Industriegruppenleitungen. Dabei spielten die Industriegruppen "Werften" und "Metall", die seit Frühjahr 1942 von Walter Bohne und Gustav Bruhn geleitet wurden, die wichtigste Rolle. Die Industriegruppe "Bau" unter der Leitung von Robert Abshagen war 1942 durch Einberufungen und Dienstverpflichtungen ihrer Mitglieder praktisch eingegangen. Vorgesehen wurde aber dennoch die Errichtung weiterer Industriegruppen wie "Verkehr und lebenswichtige Betriebe", "Hafen", "Chemie" und "Holz". Als Ansprechpartner für die Industriegruppenleitungen fungierte innerhalb des "Dreierkopfes" vor allem der Organisationleiter Reincke. Unterhalb der Industriegruppenleitungen sollten Betriebszellenleitungen gebildet werden. Abgesehen von der Großwerft "Blohm & Voss" verfügte die Bästlein-Organisation aber praktisch nur über kleinere Betriebszellen mit einigen wenigen Mitgliedern sowie eine Reihe von Einzelvertrauensleuten. Als Leiter der Betriebszellenorganisation bei "Blohm & Voss" fungierte der Maschinenschlosser Hans Hornberger, der vor 1933 der Bezirksleitung "Wasserkante" der KPD angehört und als Parteisekretär der KPD im Unterbezirk Lüneburg gewirkt hatte.

In das Organisationsschema mit "Dreierkopf", Industriegruppenleitungen, Betriebszellen und Einzelvertrauensleuten wurden ab Ende 1941 nahezu sämtliche Einzelpersonen und Kleingruppen "eingebaut", mit denen in den vorausgegangenen Jahren Kontakt aufgenommen worden war. Daneben verfügten insbesondere die Mitglieder der Gesamtleitung über eine Reihe von persönlichen Mitarbeitern für Spezialaufgaben. So stand Oskar Reincke vor allem seine Ehefrau Ella zur Seite, die unter anderem die Verbindung zu Mitstreitern in Hamburg-Harburg aufrecht erhielt. Franz Jacob konnte sich insbesondere auf den Tischlermeister Otto Bergmann, der über Vervielfältigungsmöglichkeiten verfügte, und den Bühnenbildner Otto Gröllmann stützen, der im Fundus des "Thalia-Theater" das sogenannte "Archiv" der Organisation mit der Kasse und diversen Unterlagen verbarg. Schließlich unterstand Bernhard Bästlein als politischem Leiter der sogenannte "AM-Apparat" der Widerstandsorganisation, zu dessen Aufgaben die Abwehr von Spitzeln, die Nachrichtenbeschaffung und die Bereitstellung von Waffen zählten. Bernhard Bästleins wichtigster Mitarbeiter war in diesem Zusammenhang Arthur Matschke, der als Dolmetscher zur Wehrmacht einberufen worden war, sich dort Einblick in manche Vorgänge verschaffen konnte und auch wiederholt konspirative Treffen des "Dreierkopfes" der Organisation "abdeckte". Die Verbindungen zu Einzelpersonen und Widerstandsgruppen außerhalb Hamburgs liefen ebenfalls vornehmlich bei den Mitgliedern des "Dreierkopfes" zusammen. So wurde Bernhard Bästlein weiterhin direkt von Ludwig Eisermann in Rostock auf dem Laufenden gehalten, und in seinem Auftrag bemühte sich Hermann Heller, zusätzliche Kontakte in Bremen anzuknüpfen. Franz Jacob unterhielt Verbindungen nach Lübeck zu den Eheleuten Klann und Erika Ritter. Ella und Oskar Reincke versuchten vor allem mit Hilfe des Flensburger Schauermanns Hermann Hansen, der ihnen schon aus der Zeit vor 1933 bekannt war, eine Möglichkeit für den illegalen Grenzübertritt verfolgter Personen nach Dänemark zu schaffen. Und nur die Kontakte zu der Widerstandsgruppe um den Kieler Werftarbeiter Hein Wadle wurden nicht von einem Mitglied des "Dreierkopfes", sondern vom Industriegruppenleiter Gustav

- 1a) Einzelangaben über den Aufbau des "Dreierkopfes", die Funktionen der einzelnen Leiter und deren Mitarbeiter, unter Angabe der erfaßten Personen.

(Unterstrichene Personen = in Haft)

Der Dreierkopf besteht aus:

1. Politischem Leiter Bästlein

Mitarbeiter:

Aufgaben: Gesamtleitung in pol.Hinsicht.
Leiter des "Apparats".
Apparat dient zur Abwehr gegen Spitzel und zur Überwachung der Organisation, Schutz gegen nat. soz. Organisationen und Polizei. Informationsdienst bei der Wehrmacht und für wirtschaftliche Belange.

Matschke: wurde für Überwachungen herangezogen und hat als Soldat den Informationsdienst bei der Wehrmacht verrichtet.

Friede: Sollte infolge seiner Arbeiten in Kasernen zu militärischem Informationsdienst herangezogen werden, jedoch angeblich dazu ungeeignet.

Bretschneider: Als Waffenmann vorgeesehen. Angeblich keine Tätigkeit ausgeführt.

Heller:
Zur Überwachung herangezogen worden.

2. Agitpropfleiter Jacob

Mitarbeiter:

Aufgaben: Verantwortlich für "Material" und die Auswertung desselben.
Außerdem hat er den technischen Apparat (Schreibmaschine, Vervielfältigungsapparat), das Archiv und die Kasse

Grüllmann, Wendt

Einzelfunktionen als Mitarbeiter des Agitpropfleiters nicht bekannt.

3. Organisationsleiter Reincke

Mitarbeiter:

Aufgaben: Hat die Verbindung zur Organisation zu halten, ist im übrigen für die Organisation verantwortlich.

pers. Verbindungsperson, insbesondere nach der Ortsgruppe Harburg;

Reincke, die

Die Gesamtleitung ist verantwortlich für Beschlüsse.

Sie hat die Verbindung nach Berlin, im einzelnen über Abshagen, später Jacob, über Wendt und zuletzt auch Bästlein zu Gundorf in Berlin, über Bretschneider und Reincke zu Len in Berlin. *Walter zu Lampen mit Hilfe in Berlin*

Sie hat besondere Leitungsverbindungsstellen in Hamburg für die Leitungsmitglieder unter sich: Friedrich, Werner *Abwehrbeauftragter*

Sie hat zu Zusa menkünften besondere Wohnungen zur Verfügung;

Wendt, Jacob, Landig u. Lorenz

Ludwig

Abb. 5: Von der Gestapo gefertigte Übersicht zum "Dreierkopf" der Bästlein-Organisation, seiner Aufgabenverteilung und den entsprechenden Mitarbeitern (Quelle: Einführungsbericht der Stapoleitstelle Hamburg zur "Hochverratsache Bästlein und andere" vom 2.1.1943, in: Archiv der Staatsanwaltschaft bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht, Hamburg, Restakten des Verfahrens OJs 1016/43g gegen Werner und andere)

Bruhn aufrechterhalten, weil er mit den dortigen Verhältnissen besonders gut vertraut war.

Seit Anfang 1942 fanden alle zwei bis drei Wochen regelmäßige Besprechungen der Gesamtleitung der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation statt. Dabei bediente sich der "Dreierkopf" weiterhin des Ateliers über dem Restaurant "Tusculum" als Versammlungslokal, traf daneben aber auch in Privatwohnungen von Mitgliedern der Organisation zusammen. Oskar Reincke berichtete bei diesen Leitungsbesprechungen meist über den Stand der Betriebsgruppen-Arbeit, während Franz Jacob Fragen aus dem Bereich der Agitation und Propaganda behandelte. Bernhard Bästlein schließlich nahm an Hand kleiner Referate, die später zum Teil auch als "Kadernmaterial" der Organisation verbreitet wurden, wiederholt zu aktuellen politischen Fragen Stellung. Als Anlaufstelle für die Mitglieder der Widerstandsorganisation fungierte vor allem der Zigaretten-Kiosk auf dem Rathausmarkt (damals: Adolf-Hitler-Platz), wo unauffällig Nachrichten ausgetauscht werden konnten. Der Kiosk-Inhaber Helmut Werner sorgte dabei auf für die Weiterleitung vertraulicher Mitteilungen und Termine an seine "Kunden", ohne selbst über die einzelnen Vorgänge jeweils genau informiert zu sein. Überhaupt gelang es der Bästlein-Organisation bei ihrer illegalen Tätigkeit erstaunlich gut, sich konspirativer Arbeitstechniken zu bedienen. Unmöglich blieb allerdings die wirkliche Durchsetzung des Dreiergruppen-Prinzips, nach dem jedes Organisationsmitglied nur die beiden anderen Angehörigen seiner Gruppe kennen und nur einer aus dieser Gruppe Verbindung zur übergeordneten Leitung halten sollte. Es bestanden nämlich einfach zu viele persönliche Kontakte unter den alten Hamburger Kommunisten, die der Widerstandsorganisation angehörten. Und ohnehin mußte das Dreiergruppen-Prinzip in dem Moment versagen, wo es den Verfolgern der Widerstandsgruppe gelang, sich der Mitglieder des "Dreierkopfes" zu bemächtigen. Denn ebenso wie die nordwestdeutsche Widerstandsorganisation von "oben" nach "unten" aufgebaut worden war, ließ sie sich auch von "oben" nach "unten" aufrollen.

6. Die Widerstandsaktivitäten der Bästlein-Organisation und ihre politische Orientierung 1942

Auf Grund des ausgeprägten Betriebszellen-Charakters der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation konzentrierten sich auch ihre Widerstandsaktivitäten weitgehend auf die Großbetriebe. Und einen besonderen Schwerpunkt bildeten dabei die Hamburger Werften. Hier war die Bästlein-Organisation nahezu überall mit ihren Vertrauensleuten und Betriebsgruppen präsent: Während Otto Mende auf der Kiehn-Werft und Karl Daunicht auf der Stülcken-Werft als Vertrauensleute fungierten, arbeitete der Industriegruppenleiter Walter Bohne auf der Peute-Werft. Eine besondere Situation herrschte auf der Deutschen Werft, die auch als "Emigrantenwerft" bezeichnet wurde, weil dort viele aus der Straf- oder "Schutzhaft" entlassene Arbeiterfunktionäre und ehemalige Emigranten Beschäftigung gefunden hatten. Die Widerstandszirkel in diesem Betrieb arbeiteten unabhängig von der Bästlein-Organisation, und es bestanden lediglich lose Kontakte. Die meisten Anhänger zählte die nordwestdeutsche Widerstandsorganisation auf den Großwerften von Howaldt und Blohm & Voss. Hier hatten während der gesamten NS-Herrschaft Widerstandsgruppen existiert, und bei Howaldt konnte der Elektroschweißer Oskar Voss einen ganzen Kreis von NS-Gegnern um sich versammeln, während bei Blohm & Voss sogar eine Betriebszellenorganisation mit einigen Dutzend Mitstreitern und

III. Übersichten

15

1.) Die Organisation hatte entsprechend dem Aufbauplan und einigen sich aus der Praxis ergebenden Sonderfunktionen nach dem Ermittlungsstand vom 31.12.1942 zum Zeitpunkt des Beginns der Aufrollung (Mitte Oktober 1942) folgenden Umfang angenommen:

(Hierzu siehe die Einzelübersichten 1a bis 1d, in denen die Personen angeführt sind, die zur Übersicht über Aufbau und Umfang der Organisation erforderlich erscheinen)

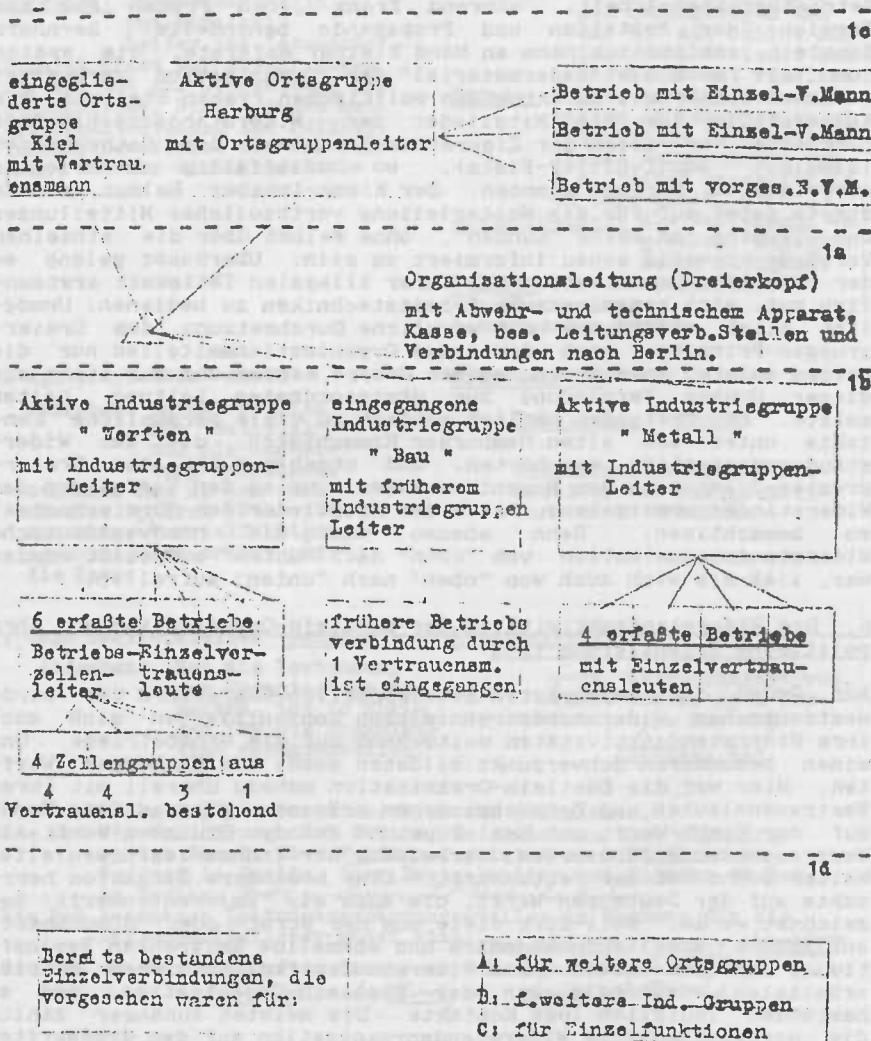


Abb. 6: Von der Gestapo gefertigte Skizze zum Aufbau der Bästlein-Organisation (Quelle wie Abb. 5)

einem eigenen "Dreierkopf", dem Hans Hornberger, Jonny Stüve und Walter Reber angehörten, aufgezogen wurde. Beim Ausbau der Widerstandsorganisation mußte allerdings selbst auf den Werften die Erfahrung gemacht werden, daß viele Kollegen die Mitarbeit als "unsinnig", "zu gefährlich" oder "verfrüht" ablehnten. Und auch der Eindruck, daß sich die Widerstandskämpfer wenigstens dort, wo der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten lag, nämlich auf den Hamburger Werften, wie "die Fische im Wasser" bewegen konnten, wäre falsch. Denn selbst hier funktionierten die ausgedehnten Kontrollmechanismen von "Abwehrbeauftragten", Werkschutz und DAF, es gab zahlreiche überzeugte Nationalsozialisten, viele Arbeiter waren von den militärischen Erfolgen Hitler-Deutschlands begeistert, und die Masse der Kollegen blieb indifferent.

Dennoch konnte vielerorts eine rege Mundpropaganda entfaltet werden, die nicht gänzlich wirkungslos blieb. Denn die seit dem Überfall auf die Sowjetunion deutlich verschlechterte Versorgungslage, die militärischen Rückschläge vor Moskau im Winter 1941/42, die Kürzung der Lebensmittelrationen im Frühjahr 1942 und die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 53 Stunden boten den Mitgliedern der Bästlein-Organisation zahlreiche Anknüpfungspunkte für ihre Agitation. Und immer wieder gelang es, insbesondere sozialpolitische Forderungen geschickt zu propagieren. Daneben wurden laufend die Nachrichten der BBC abgehört und verbreitet, die sich im Gegensatz zu den deutschen Rundfunk-Meldungen wiederholt als zutreffend erwiesen, was wiederum die Glaubwürdigkeit der Kommunisten im Kollegenkreis erhöhte. Gelegentlich konnten auch einzelne Sabotageakte von Mitstreitern der Bästlein-Organisation ausgeführt werden. So landeten bei Arbeiten auf den Schwimmdocks von Blohm & Voss erstaunlich viele E-Schweißstäbe, Sauerstoffflaschen und E-Schweißgeräte, die nur schwer neu zu beschaffen waren, in der Elbe. Es gab unerklärliche Kurzschlüsse, bei bestimmten Winden fehlten stets die gleichen Halteschrauben und mehrfach wurde Sand in Schiffsgetriebenen festgestellt. Solche Sabotageakte waren allerdings stets mit Vorsicht und nur dann auszuführen, wenn die sofort einsetzenden Ermittlungen keinerlei Hinweise auf den jeweiligen Täter erbringen konnten. Daher darf auch der Umfang und das Ausmaß von Sabotageaktionen nicht überschätzt werden. Eine besondere und die vielleicht wichtigste Rolle bei den Widerstandsaktivitäten in den Betrieben spielte schließlich die Hilfe und Unterstützung für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, woraus sich gelegentlich auch eine regelrechte Kooperation mit Widerstandsgruppen von Ausländern entwickelte. Auf den Hamburger Werften wurden zunächst vor allem Franzosen, Polen und Niederländer beschäftigt. Dabei waren insbesondere die Lebensbedingungen der polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter außerordentlich schlecht - und die Mitglieder der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation halfen mit Kleidung und hochwertigen Nahrungsmitteln. Daneben konnten auch intensive Kontakte zu Franzosen angeknüpft werden, bei denen es sich häufig um kommunistische oder sozialistische Gesinnungsgenossen handelte. Einen Höhepunkt erreichten die Solidaritätsaktionen, als vom Sommer 1942 an ein größeres Kommando sowjetischer Kriegsgefangener bei Blohm & Voss eingesetzt wurde. Dabei bedeutete für viele der vollkommen ausgehungerten Sowjet-Bürger schon die Zuwendung geringer Mengen von Lebensmitteln eine echte Überlebenshilfe. Und durch die Abgabe von Brot, Aufschnitt und Molkereiprodukten aus ihren eigenen schmalen gewordenen Rationen für die sowjetischen Kriegsgefangenen setzten viele Mitstreiter der Bästlein-Organisation kleine Zeichen der Humanität. Es war

1b.) Einzelschema über die Organisationseinheiten der Industrie-
gruppen unter Angabe der erfaßten Personen.

(Die Personen, deren Namen unterstrichen sind, befinden
sich bereits in Haft)

Kriegsgangene
Industriegruppe

" Bau "
früherer
Ind.-Gr.-Leiter

Abahagen

Aktive
Industriegruppe

" Werften "
Ind.-Gr.-Leiter

Bohme

Aktive
Industriegruppe

" Metall "
Ind.-Gr.-Leiter

Bruhn

Verb.Mann d.
Hornberger zu
Bahne!
Schween

Betrieb Grona/Kahl. Stadt- fr.Betriebs- Vertr.Mann	Betrieb Klohn & Voß Betriebs- zellenleiter	Betrieb Howaldt Voß	Betrieb Stülcken Daunisch	Betrieb Klohn- Werit Mende	Betrieb Paute- Werit "Bruno"
<u>Kre</u>	<u>Hornberger</u>	<u>Voß</u>	<u>Daunisch</u>	<u>Mende</u>	

Einselmann
des Hornberg.
Meyer 4 Betriebszellen

Reber Heins, Stüve Daasch
Erlich

dazu folgende Vertrauensleute:

Vorpahl Goetske Müller
Becker Anasch Kerpl
Heisel Knokta

Betrieb <u>Klökner</u>	Betrieb Cons	Betrieb Holsatia	Betrieb Heidenreich und Harbeck
<u>Köpke</u>	<u>Thürey</u>	<u>Nilson</u>	<u>Heins,</u> <u>Schwath</u>

dazu Mittelbach dazu Zehlius

Abb. 7: Von der Gestapo gefertigte Detailskizze zu den Hamburger
Betriebsgruppen (Quelle: wie Abb. 5)

ein "anderes Deutschland", das den Angehörigen vieler europäischer Nationen in Gestalt der nordwestdeutschen Widerstandskämpfer begegnete.

Ähnliche Widerstandsaktivitäten wie auf den Werften wurden auch in vielen Metall-Betrieben entwickelt. Allerdings blieb der Umfang der illegalen Tätigkeit im Metall-Bereich geringer als auf den Werften, da die Organisation hier meist nur über Einzelvertrauensleute in den Betrieben verfügte. So waren Paul Thürey bei den Conz-Elektromotorenwerken in Bahrenfeld, Karl Kock bei der "Phoenix Gummi Werke AG" in Harburg und Heinz Nilsson bei den "Holsatia"-Möbelfabriken in Altona aktiv, während es bei den "Harburger Eisen- und Bronzwerken" mit Wilhelm Stein und Richard Gohert sowie beim "Klößner Flugmotorenbau" in Moorfleet mit Hans Köpke und dem Gewerbelehrer Ernst Mittelbach, einem Sozialdemokraten, jeweils zwei Ansprechpartner für die Organisation gab. Eine selbständige Widerstandsgruppe, die je zur Hälfte aus Kommunisten und Sozialdemokraten sowie einigen Parteilosen bestand, und zu der Helmut Heins Verbindung halten sollte, arbeitete bei "Heidenreich & Harbeck". Darüber hinaus war es gelungen, bei den "Vereinigten Deutschen Metallwerken", einem neu geschaffenen Luftwaffen-Betrieb, der in Großborstel produzierte, eine kleine Widerstandsgruppe mit dem Verbindungsmann Erwin Ehardt aufzuziehen. Auch in diesen Metall-Betrieben wurde eine intensive Mundpropaganda durch Mitglieder der Bästlein-Organisation betrieben, und daneben kam es ebenfalls zu einzelnen Sabotageakten. Vor allem aber gelang es auch in vielen Betrieben des Metall-Bereichs, Hilfe für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zu organisieren. Und eine intensivere Zusammenarbeit ergab sich dabei insbesondere mit Widerstandszirkeln französischer und sowjetischer Kriegsgefangener in den "Vereinigten Deutschen Metallwerken".

Im Gegensatz zu den Bereichen "Werften" und "Metall" konnten in den übrigen Industriegruppen wie "Verkehr und lebenswichtige Berufe", "Hafen", "Chemie" und "Holz" kaum konkrete Widerstandsaktivitäten durch Angehörige der Bästlein-Organisation entwickelt werden. Denn in allen diesen Bereichen verfügte die Organisation nur über einzelne Verbindungs- und Kontaktpersonen wie den Mitarbeiter der "Hamburger Hochbahn AG", Ferdinand Larsen. Und darüber hinaus war lediglich bekannt, daß bei der "Dynamit-Nobel-AG" in den Werken Krümmel und Dünaberg selbstständige Widerstandsgruppen arbeiteten, der auch viele Sozialdemokraten angehörten. Abgesehen von den Bereichen "Werften" und "Metall" wurde daher lediglich im Bereich "Bau" mit Robert Abshagen ein weiterer Industriegruppenleiter eingesetzt. Allerdings bestand die Industriegruppe "Bau" dabei faktisch nur aus der alten "ABC-Kolonie" der Jahre 1940/41, die 1942 bereits eingegangen war. Denn Hein Bretschneider und Robert Abshagen arbeiteten nun auf verschiedenen Baustellen, und Hans Christoffers war Mitte 1941 als "Landeschütze" zur Wehrmacht eingezogen worden. Gerade sein weiterer Lebensweg macht dabei deutlich, daß die Mitglieder der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation auch auf sich allein gestellt an ihrer politischen Orientierung und humanistischen Grundeinstellung festhielten. Im Anschluß an eine kurze militärische Ausbildung kam Hans Christoffers nämlich im Herbst 1941 nach Wietzendorf in der Lüneburger Heide, wo eines der ersten Lager für sowjetische Kriegsgefangene im Reichsgebiet errichtet worden war. Das Lager selbst bestand praktisch nur aus einer mit Stacheldraht umzäunten freien Fläche. Die sowjetischen Kriegsgefangenen mußten unter Zeitplanen in Erdlöchern hausen, ihre Verpflegung und medizini-

nische Versorgung waren katastrophal. Nach kurzer Zeit brach Flecktyphus aus. Hans Christoffers, der zunächst versucht hatte, den Gefangenen mit Lebensmittel-Zuwendungen zu helfen, meldete sich daraufhin freiwillig, um die Erkrankten zu versorgen. Insgesamt kamen allein in Wietzendorf auf Grund der katastrophalen Lebensbedingungen und der Flecktyphus-Epidemie mehr als 15.000 sowjetische Kriegsgefangene um. Hans Christoffers teilte ihr Schicksal. Bereits Anfang Dezember 1941 war er ebenfalls infiziert und verstarb nach kurzer schwerer Krankheit am 1.1.1942.

Um den Ausfall der Industriegruppe "Bau" auszugleichen, kam es Mitte 1942 wohl zur einzigen größeren Flugblatt-Aktion der Bästlein-Organisation. Nach einer Vorlage von Robert Abshagen formulierte Franz Jacob nämlich das "Merkblatt für Bauarbeiter" und ließ es durch seinen "technischen Apparat" in Gestalt von Otto Bergmann vervielfältigen. Dieses Flugblatt richtete sich insbesondere an Hamburger Bauarbeiter, die im Frühjahr 1942 zur Dienstleistung bei Bauvorhaben der "Organisation Todt" (OT) in Norwegen und der Sowjetunion zwangsverpflichtet worden waren. Wiederum konnte geschickt an allgemeine sozialpolitische Forderungen angeknüpft werden ("Vergewissert Euch über ... Lohnhöhe, Frontzulage, Trennungsgelder, etc." - "Keine schikanöse Behandlung durch die O. T.-Häuptlinge"), um dann die eigentliche Hauptlösung zu propagieren: "Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg !" Folgerichtig wurden die Bauarbeiter auch zur Störung des Befestigungsbaus, einem langsamen Arbeitstempo und Sabotageakten aufgerufen. Bemerkenswert war darüber hinaus vor allem die Forderung, für eine "anständige Behandlung" der "einheimischen Bevölkerung" in den besetzten Gebieten und der zugeteilten Kriegsgefangenen zu sorgen sowie den militärischen Einsatz gegen Partisanen zu verweigern. Und abgesehen von den Schlußsätzen "Nieder mit dem Krieg der Faschisten! Es lebe der Sieg der Arbeiterklasse!" blieb das "Merkblatt für Bauarbeiter" weitgehend von kommunistischer Rabulistik frei. Es kann daher wohl insgesamt auch als durchaus wirkungsvoll bezeichnet werden.

Außerhalb Hamburgs blieben die Verbindungen der Bästlein-Organisation nach Flensburg und Lübeck auf Einzelpersonen beschränkt, während es in Kiel, Rostock und Bremen ebenfalls Ansätze zu Gruppenbildungen gab und dort zum Teil auch Widerstandsaktivitäten entwickelt wurden. Vor allem der sechsköpfige Kreis um Hein Wadle auf der Kieler Germaniawerft trat 1942 mit Mundpropaganda und handgeschriebenen Flugblättern hervor. Daneben wurden in Kiel aber auch die Kadermaterialien der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation rezipiert. Ludwig Eisermann hatte im Rostocker Kaufhaus der AWAG (ehemals "Wertheim") ebenfalls einen Kreis von NS-Gegnern um sich versammelt. Und Richard Heller versuchte in seiner Heimatstadt Bremen zusätzliche Verbindungen für die Bästlein-Organisation anzuknüpfen. Während dabei das Kadermaterial der Widerstandsorganisation in einem Kreis um den Reformpädagogen, langjährigen Leiter des Arbeitergesangsvereins und ehemaligen Mitarbeiter der legendären "Bremer Linksradikalen", Hermann Böse, durchaus auf Interesse und Zustimmung stieß, lehnte der bekannte Bremer Kommunist Georg Bückendahl eine Mitarbeit ebenso als unsinnig und zu gefährlich ab, wie die politisch nicht weniger erfahrene Maria Krüger. Und insgesamt mußte die Bremer Mission Richard Hellers daher wohl eher als Mißerfolg gelten.

Angesichts der geschilderten Widerstandsaktivitäten der Bästlein-Organisation ist es allerdings bemerkenswert, daß das Verhalten der Widerstandskämpfer in Nordwestdeutschland insgesamt sehr viel zurückhaltender blieb als das Vorgehen der gleichzeitig im Ruhrgebiet agierenden Knöchel-Organisation. So gab die Bästlein-Organisation keine regelmäßig erscheinenden Zeitschriften heraus, Flugblätter wurden nur in Ausnahmefällen verbreitet, und bei etwaigen Sabotageakten ließ man besondere Vorsicht walten. Stattdessen konzentrierte sich die Leitung der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation auf den Ausbau ihrer Kontakte und Verbindungen sowie die Schulung und Anleitung ihrer Mitglieder durch Kadermaterial und Gespräche. Während die Knöchel-Organisation also sozusagen "auf Hochtouren" lief, konnte man in Norddeutschland fast den Eindruck gewinnen, als handele es sich um eine "Widerstandsorganisation im Wartestand". Dabei hingen die unterschiedlichen Vorgehensweisen der Widerstandsorganisationen sicher auch mit ihren unterschiedlichen politischen Orientierungen zusammen. Denn Wilhelm Knöchel hatte jahrelang eine erfolgreiche Volksfront-Politik im Amsterdamer Exil betrieben und auch eine Reihe "bürgerlich-demokratischer" Forderungen in sein Programm übernommen. Bernhard Bästlein, Oskar Reincke und Franz Jacob dagegen lehnten offenbar die ganze Volksfront-Politik als "rechtsoportunistisch" ab und postulierten stattdessen klar: "Für ein Sowjetdeutschland !" Die führenden Funktionäre der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation waren während der 30er Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern ja nahezu gänzlich von der realen politischen Entwicklung abgeschnitten gewesen, und fast hat es den Anschein, als ob sie noch 1941/42 von demselben Leitgedanken ausgingen, der schon die KPD-Politik in der Endphase der Weimarer Republik stark beeinflusst hatte, nämlich: "Nach Hitler kommen wir !" Jedenfalls war es eine erklärte Zielvorstellung der Führungskader der Bästlein-Organisation, gegen Kriegsende Hamburg und Nordwestdeutschland an der Seite der Roten Armee von der NS-Herrschaft zu befreien und dann selbst die politische Macht zu übernehmen. Daher sollte auch die mühsam aufgebaute Widerstandsorganisation nicht durch einen verfrühten Kleinkrieg mit den noch übermächtigen Verfolgungsbehörden des NS-Staates unnötig gefährdet werden.

Im Gegensatz zu solchen Vorstellungen hoffte Wilhelm Knöchel offensichtlich bereits 1942 auf ein breites Aufbegehren der deutschen Bevölkerung gegen das NS-Regime. Von seiner fortschreitenden offenen Lungentuberkulose gezeichnet und von den ihm vorliegenden Berichten über die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen zutiefst erschüttert, spornte Wilhelm Knöchel sich und seine Instrukteure fast mit dem Mut der Verzweiflung zu Höchstleistungen an, um durch Zeitungen, Flugblätter und Klebezettel auf die ersehnte Volkserhebung hinzuwirken. Doch seine Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch. Sehr viel realistischer war dagegen die Lageeinschätzung durch den "Dreierkopf" der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation. Auf Grund der Berichte aus ihrer weitverzweigten Betriebszellenorganisation wußten die Hamburger Führungskader nämlich nur zu gut, daß es zwar einige Unzufriedenheit und vereinzelt sogar Proteste in der Bevölkerung gab, daß aber wohl erst nach einem siegreichen Vorrücken der alliierten Truppen mit konkreten Aktionen breiterer Bevölkerungskreise gegen das NS-Regime gerechnet werden konnte. Dabei hatten Bernhard Bästlein, Oskar Reincke und Franz Jacob allerdings keinen Zweifel daran, daß das nationalsozialistische Deutschland den Krieg verlieren würde. Denn als alte KPD-Funktionäre waren sie natürlich in "politischer Ökonomie"

geschult und erkannten selbst zur Zeit der größten Machtentfaltung des Nationalsozialismus über Europa Mitte 1942 klar, daß die wirtschaftlichen Potenzen der Alliierten bei weitem diejenigen Hitler-Deutschlands überstiegen. Bernhard Bästlein hatte sich darüber hinaus sogar mit militärstrategischen Fragen soweit vertraut gemacht, daß er nach Berichten über den Aufbau einer britischen Bomberflotte schwere Luftangriffe auf Hamburg voraussah. Und für seine Familie baute er daher eine Gartenlaube in Hamburg-Jenfeld als Notquartier aus. Weniger zuverlässig waren allerdings die Annahmen der Führungskader der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation hinsichtlich der weiteren Kriegsdauer. Denn es wurde mit einem raschen militärischen "Rollback" der Alliierten gegen Deutschland nach dem Muster von Hitlers "Blitzsiegen" der Jahre 1940/41 gerechnet. So erwartete die Bästlein-Organisation bereits für 1942 die Errichtung einer "zweiten Front" im Westen und für 1943 Vorstöße der Roten Armee auf das Reichsgebiet. Das sich das NS-Regime mit Hilfe weiter Teile des deutschen Volkes tatsächlich noch bis in das Frühjahr 1945 halten sollte, hatten Bernhard Bästlein, Oskar Reincke und Franz Jacob jedenfalls nicht vorausgesehen. Und wahrscheinlich wären sonst auch die Widerstandsaktivitäten der Betriebszellenorganisation in Nordwestdeutschland noch zurückhaltender geblieben.

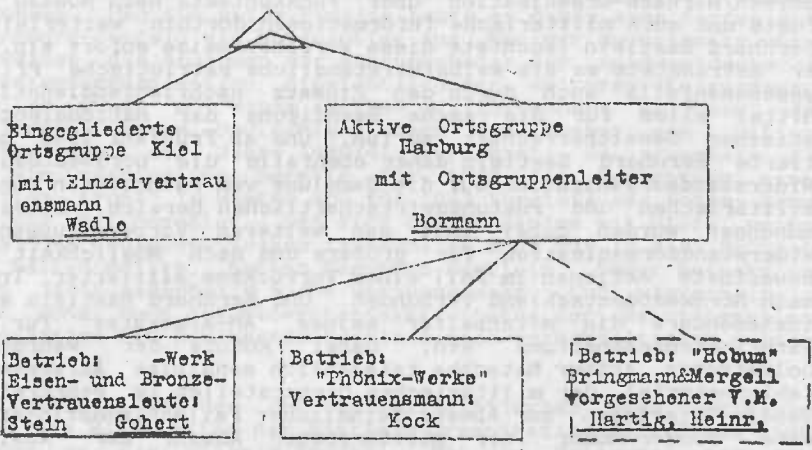
Die Kenntnis von den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen trieb die Mitstreiter der Bästlein-Organisation allerdings nicht weniger an als Wilhelm Knöchel. Mit dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen wurden viele ja nahezu täglich in den Betrieben konfrontiert, die Situation in den Konzentrationslagern war einem Großteil der Mitglieder der Widerstandsorganisation aus eigener, leidvoller Erfahrung bekannt, und auch in Hamburg lagen zahlreiche Berichte über die Mordaktionen der "Einsatzgruppen" in den besetzten Gebieten der Sowjetunion vor. In einer der wohl wichtigsten Kaderschriften der Bästlein-Organisation, die im Frühjahr 1942 von Arvid Harnack und Wilhelm Guddorf in Berlin unter dem Titel "Die wirtschaftlichen Grundlagen des nationalsozialistischen Deutschland" erarbeitet worden war, hieß es dazu: "Die Zahl der in Polen Getöteten wird auf 800.000 geschätzt, der in Jugoslawien Beseitigten auf 400.000. Die Juden werden ausgerottet, oft zu Tode gemartert. Von 3 Millionen russischer Zivil- und Kriegsgefangener leben noch 600.000. Diese Blutschuld ist so ungeheuerlich, daß sie dem normalen Verstand und den menschlichen Gefühlen kaum mehr begreifbar ist. Vor allen diesen Opfern steht jeder, den die Zeiten noch nicht völlig verroht haben, tief erschüttert." Das galt sicher auch für die Mitstreiter der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation - und trieb sie ebenso zu immer neuen Aktionen gegen das verhaßte NS-Regime wie zu Hilfsmaßnahmen für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Überhaupt bildete das tiefe Entsetzen über die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen wohl das Hauptmotiv für den Widerstand aus der Arbeiterbewegung während des Krieges. Und gerade damit zeigte sich auch die vor allem humanistische Grundeinstellung dieser Widerstandskämpfer - einschließlich der Kommunisten. Bei der Bästlein-Organisation traten daneben aber ihre ausgesprochen orthodox anmutende politische Orientierung und eine vergleichsweise realistische Einschätzung der allgemeinen Stimmung und Lage. So entstand ein durchaus widersprüchliches Spannungsverhältnis zwischen humanistischen Handlungsmotiven auf Grund der Berichte über die NS-Verbrechen, einer vergleichsweise realistischen Beurteilung des Verhaltens weiter Teile der deutschen Bevölkerung gegenüber dem NS-Regime und der orthodox-

kommunistischen Vorstellung, die Nazis nach dem Ende ihrer Herrschaft ganz einfach "beerben" zu können.

Beim konkreten Vorgehen des "Dreierkopfes" der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation kam allerdings noch einer Nachricht aus Berlin besondere Bedeutung zu. Denn spätestens Anfang 1942 hatte Bernhard Bästlein von Wilhelm Guddorf erfahren, daß die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation über Funkkontakte nach Moskau verfügte und auch militärische Informationen dorthin weiterleitete. Bernhard Bästlein leuchtete diese Vorgehensweise sofort ein, denn er betrachtete es als selbstverständliche patriotische Pflicht, gegebenenfalls auch durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel alles für die rasche Beendigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu tun. Und ab Frühjahr 1942 orientierte Bernhard Bästlein daher ebenfalls die nordwestdeutsche Widerstandsorganisation auf die Sammlung von Nachrichten aus dem militärischen und rüstungswirtschaftlichen Bereich. Diese Bemühungen wurden dabei tmit den weiteren Vorbereitungen der Widerstandsorganisation für größere und nach Möglichkeit auch bewaffnete Aktionen im Fall eines Vorrückens alliierter Truppen nach Nordwestdeutschland verbunden. Und Bernhard Bästlein setzte insbesondere die Mitarbeiter seines "AM-Apparates" für die Nachrichtenbeschaffung ein. Dabei konnte der Wehrmachts-Dolmetscher Arthur Matschke tatsächlich sensibles Adressen- und Zahlenmaterial der militärischen Dienststellen im Wehrkreis X, Geheim-Unterlagen zur Abwehr feindlicher Fallschirmspringer und eine Sondernummer der militärischen Abwehr zur Auslösung verschiedener Alarmstufen beschaffen. Damit sollte zu gegebener Zeit versucht werden, Verwirrung unter den Wehrmachtseinheiten in Nordwestdeutschland zu stiften. Darüber hinaus belauschte der Tapezierer Camillo Friede, der hauptsächlich in Wehrmachtsunterkünften arbeitete, verschiedentlich Gespräche höherrangiger Offiziere. Mit seinen Berichten konnte Bernhard Bästlein jedoch angeblich nichts anfangen. Daneben war ebenfalls an die Beschaffung von Waffen für die Widerstandsorganisation aus Wehrmachtsbeständen gedacht, was sich jedoch zunächst als undurchführbar erwies. Vom "Dreierkopf" wurde daher beschlossen, alte Waffenlager des "Roten Frontkämpferbundes" aus der Zeit vor 1933 wieder aufzuspüren und das dort befindliche Material zu reaktivieren. Mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe betraute Bernhard Bästlein schließlich Hein Bretschneider, ohne daß es noch zu konkreten Ausführungshandlungen gekommen wäre.

Organisationsleiter Oskar Reincke war unterdessen vollauf mit dem Ausbau sowie der Schulung und Kontrolle seiner Betriebszellenorganisationen beschäftigt. Er hatte laufend eine Vielzahl von Terminen mit den Industriegruppenleitern Walter Bohne und Gustav Bruhn, den Vertretern von Betriebsgruppen und Einzelvertrauensleuten wahrzunehmen. Dabei forderte Oskar Reincke ganz im Sinne der von Bernhard Bästlein gegebenen Orientierung stets auch genaue Berichte über die Stimmung in den Betrieben, die Zusammensetzung der Belegschaft, die Löhne, die Behandlung der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter sowie vor allem die Art und den Umfang der Produktion (einschließlich technischer Details bei den Rüstungsbetrieben) an. In den Bereichen "Werften" und "Metall" bedeutete dabei vor allem die Arbeit der Industriegruppenleiter eine wesentliche Entlastung, so daß sich Oskar Reincke darüber hinaus auch mit der Schulung der Mitglieder der Widerstandsorganisation durch Gespräche und Kadermaterialien befassen konnte. Dabei gelang die Ausgabe und Wiedereinziehung der Kaderschriften der Bästlein-Organisation insgesamt so gut,

1c.) Einzelübersicht über die bestanden und eingegliederten Ortsgruppenorganisationseinheiten unter Angabe der erfassten Personen. (Unterstrichen = in Haft)



1d.) Übersicht über bestandene Verbindungen einzelner Funktionäre zu Einzelpersonen oder Personenkreisen, deren Eingliederung noch beyorstand. (Unterstrichen=in Haft)

A. für weitere Ortsgruppen
Verbindung des:

- Jacob
- Reincke
- Bästlein

Bremen	Köln	Rostock	Flensburg	Lübeck
bestehende Verbindung zu losem Personenkreis:	beabsichtigte Verbindung. Angeblich noch nicht an Vertrauensmann herangetreten.	behaltenes Verbindung. Wie weit in den Aufbau und den Zweck der Org. eingeweiht=?	aufgenommene Verbindung. Angeblich in Org. noch nicht eingeweiht.	gesuchte Verbindung. Wie und wie weit herangetreten und eingeweiht, noch nicht bekannt
<u>Enderling</u> <u>Rumpf</u> <u>Müller</u> <u>Böse</u> <u>Bücking, die</u>	<u>Koch</u>	<u>Wisermann</u>	<u>Hansen</u>	<u>Klann, die</u>

Abb. 8: Von der Gestapo gefertigte Detailskizze zu den Verbindungen der Bästlein-Organisation außerhalb Hamburgs

daß der Gestapo schließlich nur ein Exemplar der bereits erwähnten, achtzehnsseitigen Ausarbeitung von Arvid Harnack und Wilhelm Guddorf über "Die wirtschaftlichen Grundlagen des nationalsozialistischen Deutschland" in die Hände fiel. Als weitere Kadermaterialien der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation zirkulierten die sechsseitige Konzeption Bernhard Bästleins für ihren Aufbau vom Dezember 1941, eine dreiseitige Ausarbeitung Wilhelm Guddorfs zum angenehmen Verlauf des Krieges, verschiedene Vorstudien zu den "Wirtschaftlichen Grundlagen", Bernhard Bästleins achtseitige "Bemerkungen zur Reichstagsrede Adolf Hitlers vom 26.4.1942", eine Sammlung in- und ausländischer Presseberichte zur militärischen und politischen Lage von Mitte 1942 sowie verschiedene Ausgaben der in Berlin verbreiteten illegalen Zeitungen der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation. An den Schulungsmaßnahmen der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation beteiligten sich neben Oskar Reincke auch die Industriegruppenleiter sowie gelegentlich die Mitglieder des "Dreierkopfes". Oskar Reincke aber blieb vorenthalten, ganz wie in der alten KPD-Organisation vor 1933 noch im Herbst 1942 eigens eine "Kontrollsitzen" mit dem "Dreierkopf" der Betriebszellen auf der Werft Blohm & Voss abzuhalten.

Franz Jacob schließlich war als "Agit-Prop-Leiter" vor allem damit befaßt, seinen "technischen Apparat" zu vervollkommen und Überlegungen zur weiteren propagandistischen Tätigkeit der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation anzustellen. So hatte er schon vor der Herstellung des "Merkblatts für Bauarbeiter" im April 1942 den Entwurf für ein Flugblatt zur Kürzung der Lebensmittelrationen vorgelegt. Doch um jede Gefährdung der Organisation zu vermeiden, gelangte der zweiseitige Entwurf nicht zur Vielfältigung und Verbreitung, sondern fand lediglich als Kaderschrift innerhalb der Organisation Verwendung. Auf Beschluß des "Dreierkopfes" waren Franz Jacob und Arthur Matschke im Sommer 1942 darüber hinaus mit der Anfertigung eines Entwurfs für sogenannte "Soldatenbriefe" befaßt, die per "Feldpost" an Wehrmachtsangehörige im Osten versandt werden sollten. Unter Hinweis auf die militärische Überlegenheit der Alliierten wurde in den "Soldatenbriefen" die Fortsetzung des Krieges als sinnlos bezeichnet und zum Überlaufen auf die Seite der Roten Armee aufgefordert. Es konnte bislang allerdings nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob solche "Soldatenbriefe" schon im Verlauf des Jahres 1942 oder erst später zum Versand gelangten. Weiterhin berieten Oskar Reincke und Franz Jacob im Herbst 1942 über die Möglichkeit, eine Zeitung für die Betriebszellen der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation herauszugeben. Und daneben träumte Franz Jacob von der Wiederherausgabe seines "Leninisten", der vor 1933 als theoretisch-propagandistisches Organ der "KPD Wasserkante" fungiert hatte, und der nun als etwaiges Funktionärs-Organ der Bästlein-Organisation erscheinen sollte. In erster Linie aber war Franz Jacob natürlich dadurch in Anspruch genommen, den "technischen Apparat" der Widerstandsorganisation für die künftigen Aufgaben vorzubereiten und entsprechend auszustatten. Dazu mußten mit Hilfe von Otto Bergmann und Otto Gröllmann vor allem Druckvorrichtungen, Abzugseräte, Schreibmaschinen, Matrizen und Papier bereitgestellt werden, wobei hinsichtlich großformatiger Druckvorrichtungen schließlich auch zum Mittel des Eigenbaus gegriffen wurde. Und tatsächlich verfügte der "technische Apparat" der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation so im Herbst 1942 über recht beachtliche Druckkapazitäten.

Wie vieles in der Bästlein-Organisation entsprach auch die Rolle der am aktiven Widerstand beteiligten Frauen weitgehend derjenigen, die sie schon vor 1933 innerhalb der KPD gespielt hatten. Es herrschten im Grunde also patriarchalische Strukturen. Zwar wurde eine Beteiligung von Frauen an der Widerstandsarbeit durchaus gern gesehen und sie galten auch als vollwertige Mitstreiter, aber die eigentlichen Führungspositionen blieben ausschließlich Männern vorbehalten. Selbst Ella Reincke und Elisabeth Bruhn, die innerhalb der Widerstandsorganisation wichtige koordinierende Aufgaben wahrnahmen, standen stets hinter ihren Männern zurück und blieben von den Entscheidungsprozessen des Leitungsgremiums ausgeschlossen. Von den Ehefrauen der führenden Funktionäre beteiligten sich ebenfalls Manja Abshagen und Anne Bohne an der Widerstandsarbeit, während Johanna Bästlein und Katharina Jacob von einem aktiven Engagement Abstand nahmen. Denn Katharina Jacob mußte nicht nur ihre kleine Tochter Ursel aus erster Ehe betreuen, sondern war 1942 auch hochschwanger. Ihren zweiten Mann hatte sie erst im Dezember 1941 geheiratet - zu einem Zeitpunkt also, an dem die Aktivitäten der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation gerade in ihre "heiße Phase" traten. Auch Johanna Bästlein hatte mit ihrem 8jährigen Sohn Bernd ein Kind zu versorgen und war daher mit ihrem Mann übereingekommen, sich von der aktiven Widerstandsarbeit fernzuhalten. Wie es den alten Idealen der deutschen Arbeiterbewegung entsprach, hat Johanna Bästlein das eheliche Verhältnis im Rückblick vor allem als "kameradschaftlich" charakterisiert und ihrem Mann stets die Treue gehalten. Dabei wurden auch jene Ehefrauen, die sich nicht am aktiven Widerstand beteiligten, ab 1942 zahlreichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt und mußten immer wieder schwere Benachteiligungen hinnehmen.

Schließlich darf hinsichtlich der Widerstandsaktivitäten der Bästlein-Organisation nicht übersehen werden, welche außergewöhnliche persönliche Belastung die Teilnahme daran für den Einzelnen bedeutete. Denn natürlich unterlagen auch die nordwest-deutschen Widerstandskämpfer der wöchentlichen Arbeitspflicht von 53 Stunden, standen vor Geschäften nach knapp gewordenen Lebensmitteln und Versorgungsgütern an, mußten nachts die Luftschutzkeller aufsuchen und versuchten bei alledem noch zusätzlich, ein Stück Familien- oder Privatleben aufrecht zu erhalten. Nahezu sämtliche Widerstandsaktivitäten konnten nur in der ohnehin spärlich bemessenen "Freizeit" entwickelt werden. Hinzu trat die psychische Anspannung durch das Doppelleben als aktiver NS-Gegner einer- und scheinbar harmloser Volksgenosse andererseits. Viele Widerstandskämpfer und insbesondere die Führungskader befanden sich daher in einer permanenten Streßsituation und mußten Verfolgungs-Ängste durchstehen. Denn natürlich waren auch die nordwestdeutschen Widerstandskämpfer weder Heilige noch Helden, sondern Menschen aus Fleisch und Blut.

7. Die "Fallschirmspringer-Affäre" und die erste Verhaftungswelle 1942

In der Nacht vom 16. auf den 17. Mai 1942 sprangen über Ostpreußen vier Personen mit Fallschirmen aus sowjetischen Flugzeugen ab. Zunächst erreichten Erwin Panndorf und Anton Börner, anschließend Wilhelm Fellendorf und Erna Eifler ostpreußischen Boden. Bei ihnen handelte es sich um deutsche Emigranten, die sich in der Sowjetunion freiwillig zum Einsatz im nationalsozialistischen Deutschland gemeldet hatten und in monatelangen Kursen darauf vorbereitet worden waren. Sie führten Funkgeräte, ge-

gefälschte Papiere und Lebensmittelkarten sowie erhebliche Geldbeträge mit sich. Der Einsatz der beiden getrennt operierenden Fallschirmspringer-Paare Panndorf/Börner und Fellendorf/Eifler sollte offenbar der Unterstützung der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation dienen. Denn die in Berlin agierende Widerstandsorganisation hatte bei der Nachrichtenübermittlung nach Moskau von Anfang an Schwierigkeiten mit mangelhaften Funkgeräten und einem nur schlecht ausgebildeten Amateur-Funker. Und allem Anschein nach sollten nun die auch als Funker ausgebildeten Fallschirmspringer mit ihren neuen Geräten Entlastung bei der Nachrichtenübermittlung in die Sowjetunion bringen. Also machten sich die beiden in Ostpreußen gelandeten Fallschirmspringer-Paare auf den Weg nach Berlin, mußten dabei allerdings ihre Funkgeräte vorläufig in Verstecken zurücklassen. In Berlin konnte jedoch kein Kontakt zur Schulze-Boysen/Harnack-Organisation hergestellt werden. Erwin Panndorf und Anton Börner wollten sich daher nun in Richtung Süden wenden, während Wilhelm Fellendorf und Erna Eifler - gegen alle Regeln der Konspiration - den Entschluß faßten, in Hamburg Kontakt mit Fellendorfs Mutter Katharina aufzunehmen.

Nur drei Tage nach der Landung der Fallschirmspringer in Ostpreußen war man am 20. Mai 1942 im Berliner Reichssicherheitshauptamt bereits über die Geschehnisse orientiert. Denn in der Nacht vom 18. auf den 19. Mai 1942 hatten sich noch einmal drei Fallschirmspringer über Ostpreußen absetzen lassen, und diesmal waren zwei von ihnen sofort gefaßt worden, während der dritte bei einem Schußwechsel umkam. Um ihr eigens Leben zu retten, machten die beiden Festgenommenen umfassende Aussagen vor der Gestapo, berichteten über den Auftrag der zwei Nächte zuvor gelandeten Fallschirmspringer-Paare, und einer der beiden Verhafteten, nämlich Walter Gersmann, erbot sich sogar, künftig mit der Gestapo zusammenzuarbeiten. Im federführenden Referat IV A 2 (Sabotageabwehr/Spionagebekämpfung) des Reichssicherheitshauptamtes war man sich sofort darüber im Klaren, in welchen Zusammenhang die Fallschirmspringer-Aktivitäten gehörten. Denn schon seit Monaten hatte sich das Referat IV A 2 unter der Leitung des SS-Hauptsturmführers und Kriminalkommissars Horst Kopkow geradezu fieberhaft darum bemüht, die Sendeeinrichtungen der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation, über die die Funkkontakte nach Moskau liefen, aufzuspüren und auszuschalten. Dabei hatte man der zunächst nicht greifbaren Organisation die Bezeichnung "Rote Kapelle" gegeben, weil deren Funker sich beim Morsen gelegentlich als "Pianisten" bezeichneten - und mehrere Musiker ergeben bekanntlich eine Kapelle. Mit den Fallschirmspringern aber war man nun erstmals auf eine heiße Spur gestoßen, und im ganzen Reich wurden umfangreiche Fahndungsmaßnahmen eingeleitet. Bereits am 8. Juli 1942 konnten erste Erfolge verbucht werden: Anton Börner, der sich von Erwin Panndorf getrennt hatte, wurde in Wien festgenommen, und unmittelbar darauf gelang auch die Verhaftung Erwin Panndorfs in Sachsen. Im Referat IV A 2 wurde nun weiter gemutmaßt, daß sich das andere Fallschirmspringer-Paar zur Mutter Fellendorfs nach Hamburg begeben könnte. Daher wurde zunächst die Überwachung der Wohnung von Katharina Fellendorf in der Hansestadt angeordnet. Darüber hinaus setzte man aber auch Walter Gersmann nach Hamburg in Marsch. Die dortige Staatspolizeileitstelle wurde sogar eigens angewiesen, ihm Wohnung und Arbeit zu beschaffen, damit er sich gut getarnt nach Erna Eifler und Wilhelm Fellendorf umhören konnte.

Tatsächlich waren Wilhelm Fellendorf und Erna Eifler noch Wochen bevor die Überwachungsmaßnahmen der Gestapo durchgriffen bei

Katharina Fellendorf in Hamburg-Uhlenhorst eingetroffen. Die Mutter hatte sich ihres Sohnes und seiner Begleiterin rührend angenommen, aber nach einigen Wochen waren das mitgeführte Geld und die Lebensmittelmarken verbraucht. Da gelang es Anfang Juli 1942, über den Sozialdemokraten Herbert Bittcher einen Kontakt zum "Dreierkopf" der Bästlein-Organisation herzustellen. Kurz darauf wurde bei einer Leitungssitzung der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation ausführlich über das Vorgehen gegenüber den Fallschirmspringern diskutiert. Bernhard Bästlein, der sofort die Chance witterte, nun auch eine eigene Funkverbindung nach Moskau aufzubauen, setzte sich lebhaft für eine Kontaktaufnahme mit Wilhelm Fellendorf und Erna Eifler sowie ihre Unterstützung durch die Widerstandsorganisation ein. Die übrigen Leitungsmitglieder waren dagegen sehr viel skeptischer und wiesen auf die großen Gefahren hin, falls es sich um Spitzel oder Provokateure handeln sollte. Am Ende konnte sich Bernhard Bästlein mit seiner Auffassung durchsetzen. Er ließ jedoch seine Treffen mit den Fallschirmspringern vorsichtshalber durch Arthur Matschke abdecken, der auch über eine Dienstwaffe verfügte. Weil sich Wilhelm Fellendorf und Erna Eifler bei der Mutter Fellendorfs nicht länger halten konnten, beschaffte ihnen Bernhard Bästlein ein neues Quartier in der Laube der Eheleute Priess in Hamburg-Horn. Auch die Versorgung der Fallschirmspringer wurde nun durch die nordwestdeutsche Widerstandsorganisation übernommen. Selbst in den Betriebszellen auf der Werft von Blohm & Voss sammelten Hans Hornberger und andere kleine Geldbeträge und Lebensmittel für "illegal lebende Genossen".

Noch Ende 1942 reiste Bernhard Bästlein zu Wilhelm Guddorf nach Berlin, um ihm über die Ankunft der Fallschirmspringer und die Differenzen innerhalb der Leitung der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation zu berichten. Guddorf begleitete Bästlein daraufhin nach Hamburg, um sich ein eigenes Bild von der Lage zu machen. Auch er hielt die beiden Fallschirmspringer für "echt" und empfahl ihre weitere Unterstützung, riet im übrigen aber zu äußerster Vorsicht. Durch Wilhelm Guddorf erfuhr ebenfalls Arvid Harnack, der gemeinsam mit Harro Schulze-Boysen an der Spitze der nach ihnen benannten Berliner Widerstandsorganisation stand, von der Anwesenheit Erna Eiflers und Wilhelm Fellendorfs in Hamburg. Harnack, der offenbar schon seit einiger Zeit mit der Ankunft von Fallschirmspringern aus der Sowjetunion gerechnet hatte, gab nun auch Meldungen über Angriffsabsichten der Wehrmacht in Richtung Kaukasus nach Hamburg weiter. Doch die Übermittlung dieser Nachrichten in die Sowjetunion erwies sich als undurchführbar, weil Wilhelm Fellendorf und Erna Eifler ihre Funkgeräte ja in Ostpreußen zurückgelassen hatten. Wilhelm Guddorf traf unterdessen Vorbereitungen für eine Übersiedlung des Fallschirmspringer-Paares aus Hamburg nach Berlin. Dort waren unterdessen ebenfalls Albert Höbler und Robert Barth eingetroffen, die am 5.8.1942 hinter den deutschen Linien bei Gommel von einem sowjetischen Flugzeug abgesetzt worden waren, sich in Wehrmachtuniformen nach Westen durchgeschlagen und Anschluß an die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation gefunden hatten.

In Hamburg spitzte sich die Situation im Hochsommer 1942 dramatisch zu. Denn unterdessen hatte auch der als Gestapo-Spitzel agierende Walter Gersmann erste Fühler zu seinen ehemaligen Fallschirmspringer-Kollegen ausgestreckt. Und im August 1942 kam es sogar zu einem Treffen zwischen Wilhelm Fellendorf, Erna Eifler und Walter Gersmann. Dabei wurde sehr schnell klar, daß es sich bei Gersmann um einen Provokateur handeln mußte, und im "Dreier-

kopf" der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation herrschte nun Alarmstimmung. Bernhard Bästlein erwog zunächst, Gersmann durch Fellendorf und Eifler erschießen zu lassen, doch die Gesamtleitung beschloß, daß die Fallschirmspringer als Sicherheitsrisiko so schnell wie möglich aus Hamburg verschwinden sollten. Dabei verbot sich nun eine Übersiedlung nach Berlin, um der Gestapo in dieser Richtung keinerlei Anknüpfungspunkte für etwaige weitere Ermittlungen zu bieten. Und stattdessen wurde ins Auge gefaßt, den Fallschirmspringern über Dänemark die Flucht nach Schweden zu ermöglichen. Ella Reincke reiste daher Anfang September 1942 zu dem Schauermann Hermann Hansen in Flensburg, der jetzt konkrete Vorbereitungen für einen illegalen Grenzübertritt treffen sollte. Gleichzeitig kam es zum vorübergehenden Rückzug Bernhard Bästleins aus der Leitung der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation, weil er sich durch seine Kontakte mit den Fallschirmspringern nach außen hin zu sehr exponiert hatte. Zwar gab Walter Gersmann seine Kenntnisse über Fellendorf und Eifler nur zögernd und nicht vollständig an die Hamburger Gestapo weiter, und in letzter Minute versuchte er sogar noch, die ehemaligen Fallschirmspringer-Kollegen zu warnen, weshalb er einige Zeit später vom Reichssicherheitshauptamt selbst als "Verräter" liquidiert wurde, aber die Verfolger hatten in der Hansestadt spätestens im September 1942 eine erste Spur aufgenommen.

Unterdessen war dem Referat IV A 2 des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin ein entscheidender Durchbruch bei den Ermittlungen gegen die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation gelungen. Denn mit Hilfe eines in Belgien festgenommenen Funkers konnte man Anfang August 1942 endlich den Code der Funksprüche von und nach Moskau entschlüsseln. Und bei der Dechiffrierung älterer Funksprüche war man schließlich darauf gestoßen, daß Moskau bereits im Oktober 1941 drei Berliner Anschriften in den Äther hatte gehen lassen. Bei diesen Anschriften nun handelte es sich um die Adressen von Harro Schulze-Boysen, Arvid Harnack und Adam Kuckhoff. So hatte die Moskauer Zentrale die Gestapo selbst auf die Spur der erfolgreichen Berliner Widerstandsorganisation gebracht, die der Sowjetunion wichtige militärische und rüstungspolitische Nachrichten aus dem nationalsozialistischen Deutschland übermittelte. Auch in Berlin wurden jetzt natürlich sofort umfassende Überwachungsmaßnahmen eingeleitet. Mit dem Zugriff sollte allerdings so lange gewartet werden, bis wirklich die ganze Organisation mit allen ihren Verzweigungen bekannt sein würde. Doch Ende August 1942 erfuhr die Gestapo durch einen Zufall, daß die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation offenbar sogar in der militärischen Abwehr über eine Kontaktperson verfügte, die im Begriff stand, Harro Schulze-Boysen über die eingeleiteten Verfolgungsmaßnahmen zu informieren. Und darauf entschloß sich das Referat IV A 2 zum sofortigen Handeln. Auf die erste Verhaftungswelle folgten bald weitere Festnahmen. Und Anfang Oktober 1942 war auch das Umfeld von Wilhelm Guddorf in das Visier der Fahnder gerückt; er selbst wurde am 10. Oktober 1942 verhaftet. Zu diesem Zeitpunkt war man sich im Referat IV A 2 offenbar bereits darüber im Klaren, daß die Berliner Organisation auch über Verbindungen nach Hamburg verfügte. Und hinzu kamen die Meldungen über die dort eingetroffenen Fallschirmspringer. Horst Kopkow setzte daher seinen wichtigsten Mitarbeiter, den SS-Sturmscharführer und Kriminalinspektor Walter Habecker, mit einem Assistenten in Marsch, um den vermeintlichen Hamburger Zweig der "Roten Kapelle" ausheben zu lassen.

Der Berliner Kriminalinspektor machte sich in Hamburg sofort an

die Vorbereitungen für die erste Verhaftungswelle gegen die Bästlein-Organisation. Dazu wurde ihm die gesamte Abteilung II, die sogenannten "Exekutive", der Staatspolizeileitstelle in der Hansestadt unterstellt. Und am 15.10.1942 konnte die Aktion beginnen. Zunächst sollten die beiden Fallschirmspringer in ihrer Wohnlaube in Hamburg-Horn festgesetzt werden, doch Wilhelm Fellendorf konnte buchstäblich in letzter Minute auf einem Fahrrad entkommen. Noch am 15.10.1942 wurden auch die Quartiergeber der Fallschirmspringer und Besitzer der Wohnlaube in Hamburg-Horn, die Eheleute Priess, verhaftet. Und in den folgenden Tagen gelang die Aufrollung des gesamten Personenkreises, der mit Erna Eifler und Wilhelm Fellendorf in Verbindung gestanden hatte: Die Mutter Katharina Fellendorf, der Sozialdemokrat Herbert Bittcher, Wilhelm Milke und der Gewerbeschullehrer Ernst Mittelbach wurden verhaftet. Am 17.10.1942 konnten dann zudem Bernhard Bästlein und Oskar Reincke festgenommen werden. Und nur Franz Jacob gelang die Flucht nach Berlin. Am 18.10.1942 erfolgte schließlich die Verhaftung von Adolf Wendt, einem alten Freund und engen Vertrauten Wilhelm Guddorfs in Hamburg. Offenbar spielten bei diesem ersten Zugriff auf Mitglieder der Bästlein-Organisation sowohl Spuren, die von der Berliner Schulze-Boysen/Harnack-Organisation nach Hamburg führten, als auch die Geschehnisse um die Fallschirmspringer in Hamburg selbst eine Rolle.

Bernhard Bästlein hatte noch bei der Verhaftung an seinem Arbeitsplatz bei den Riepe-Werken in Altona einen Fluchtversuch unternommen und war durch einen Durchschuß des Unterschenkels verletzt worden. Das konnte den Kriminalinspektor Habecker und seine Hamburger Kollegen jedoch nicht davon abhalten, sofort mit schweren Folterungen gegen ihn vorzugehen. Denn in der Sache "Rote Kapelle" hatte das Reichssicherheitshauptamt eine Generalermächtigung für "verschärfte Vernehmungen" erteilt. Im Hamburger Stadthaus, dem Sitz der Staatspolizeileitstelle, wurden die Verhafteten dabei nicht nur bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt, sondern Walter Habecker hatte auch eigene Folterwerkzeuge aus Berlin mitgebracht: Mit Wadenklammern, die immer weiter zusammengeschraubt werden konnten, und sogenannten "Buntstiften", die für Fingerquetschungen dienten, sollten den Delinquenten weiterführende Aussagen abgepreßt werden. Nach den tagelangen Torturen im Anschluß an seine Verhaftung sah Bernhard Bästlein schließlich nur noch den Ausweg, seinem Leben selbst ein Ende zu machen. Und er versuchte daher nach einer Vernehmung, sich in einem der tiefen Treppenschächte des Stadthauses zu Tode zu stürzen. Doch Bernhard Bästlein überlebte den Sturz. Seine Qualen fanden nun allerdings doch ein Ende. Denn inzwischen war Organisationsleiter Oskar Reincke unter der Folter "zusammengebrochen" und hatte "ausgepackt". Aus der empirischen Verhaltensforschung ist bekannt, daß auf Dauer wohl kein Mensch schweren Torturen standhalten kann. Und dennoch ist Oskar Reincke nach 1945 unter Verfälschung der geschichtlichen Tatsachen von manchen Historikern noch postmortal als "Verräter" durch Totschweigen "bestraft" worden. Tatsächlich aber war er der nach Bernhard Bästlein wichtigste Mann der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation. Und hätte Oskar Reincke gegenüber seinen Peinigern weiter geschwiegen, so wären wohl auch Bernhard Bästlein weitere Torturen nicht erspart geblieben ...

Zum Abschluß der Vernehmungen legten Beamte der Staatspolizeileitstelle Hamburg Bernhard Bästlein am 30.11.1942 ein Zitat des Reichsführers-SS Heinrich Himmler vor, in dem es hieß, daß man mannhaft für seine Taten einstehen solle, auch wenn die Strafe

hart sein wird. Ausgehend von diesem Zitat verfaßte Bernhard Bästlein unter Aufsicht der Gestapo eine Erklärung, die später auch als sein "politisches Glaubensbekenntnis" bezeichnet worden ist. Darin nannte er sich selbst einen "Täter aus weltanschaulicher Überzeugung", der von der "sozialistischen Erziehung im Elternhaus und in der proletarischen Jugendbewegung" entscheidend geprägt worden sei. Zwei Motive hob Bernhard Bästlein als entscheidend für seine Widerstandsarbeit seit 1940 hervor: Zum ersten die vierjährige KZ-Haft, während der er "entsetzliche Dinge erlebt, gesehen und gehört habe", und zum zweiten das "sinnlose Blutvergießen" des neuerlichen Weltkrieges. Bästlein erklärte weiter, daß er "schon bei Beginn des Krieges eine Niederlage Deutschlands für unabwendbar hielt." Als Kommunist sei er der Überzeugung, daß die Sowjetunion "in Wirtschafts- und Gesellschaftsform" den "höchstentwickelten Staat" darstelle. Die unvermeidliche Ausweitung des Krieges auf die UdSSR habe für ihn daher nur den Anlaß bedeutet, erneut den aktiven Widerstand zu organisieren. Abschließend erklärte Bernhard Bästlein, daß er für seine Taten einstehen wolle, auch wenn er die zur Zeit in Kraft befindlichen Gesetze nicht anerkenne. Er hoffe dabei aber, daß ihn "keine Auffrischung jener Methoden" treffe, die er im Konzentrationslager kennenlernen mußte. Diese Erklärung Bernhard Bästleins vor der Hamburger Gestapo vom 30.11.1942 besitzt nicht nur einen hohen zeitgeschichtlichen Erkenntniswert gerade hinsichtlich der Motivation des kommunistischen Widerstands in Nordwestdeutschland während des Krieges, sondern besticht auch durch ihre gedankliche Schärfe und sprachliche Prägnanz. Das außergewöhnliche Dokument wird daher als Anlage zu diesem Beitrag erstmals im vollständigen und korrekten Wortlaut wiedergegeben.

Während Bernhard Bästlein Ende November 1942 noch seine Erklärung niederschrieb, war es der Staatspolizeileitstelle Hamburg bereits gelungen, die nordwestdeutsche Widerstandsorganisation in den Monaten November und Dezember 1942 in aller Ruhe von "oben" nach "unten" aufzurollen. Dabei konnte auch noch Wilhelm Feilendorf mitsamt seinen letzten Quartiergebern, den Eheleuten Paruschke, festgesetzt werden. Und schließlich waren nur Franz Jacob, Karl Kock, Arthur Matschke und Jonny Stüve den Verhaftungen entgangen. Insgesamt richteten sich die Ermittlungen gegen weit über 100 Personen, von denen mindestens 80 vorübergehend in "Schutzhaft" genommen wurden. Allein in Hamburg ergingen dann im März 1943 61 Haftbefehle gegen Mitglieder der Bästlein-Organisation. Daneben wurde eine Reihe weiterer Haftbefehle gegen diejenigen Personen erlassen, die den Fallschirmspringern Quartier gewährt hatten oder sie auf andere Weise unterstützt hatten. Erna Eifler und Wilhelm Feilendorf selbst ließ das Reichssicherheitshauptamt zunächst nach Berlin überstellen und dort noch im Laufe des Jahres 1943 kurzerhand ermorden.

Kriminalinspektor Habecker war schon Ende Oktober 1942 in die Reichshauptstadt zurückgekehrt. Sein Erscheinen in der Hansestadt hatte die wohl dunkelste Stunde in der Geschichte der Staatspolizeileitstelle bedeutet. Denn nachdem das ganze Ausmaß der Bästlein-Organisation aufgedeckt worden war, konnten sich die Hamburger Gestapo-Mitarbeiter natürlich nicht mehr vor Vorwürfen darüber retten, daß es entlassenen KZ-Häftlingen, die ihrer Nachüberwachung unterlagen, gemeinsam mit stadtbekanntem Kommunisten vollkommen unbemerkt gelungen war, eine derartige Widerstandsbewegung aufzuziehen. Denn tatsächlich hatte die einst so "muster-gültige" Behörde Bruno Streckenbachs ja tief geschlafen. So sollen auch der Hamburger Dezernatsleiter der Abteilung II A (Be-

kämpfung des Kommunismus und Marxismus), der SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar Adolf Bockelmann, und sein Stellvertreter, der Kriminalinspektor Fritz Knuth, noch 1942 nach Berlin zitiert worden sein, wo sie im Reichssicherheitshauptamt mehrere Schimpfkanonaden über sich ergehen lassen mußten. Für die einst so stolze Staatspolizeileitstelle Hamburg war es allerdings schon demütigend genug gewesen, daß im Oktober 1942 ein kleiner Berliner Kriminalinspektor daherkam, kurzerhand den gesamten Exekutiv-Apparat übernahm und mit hauptstädtischer Arroganz und Berliner Schnoddrigkeit den Beginn der ersten Verhaftungswelle gegen die nordwestdeutsche Widerstandsorganisation leitete. Auch bei der Hamburger Gestapo sollten daher nun bald andere Verhältnisse herrschen...

8. Die Verfolgung von Widerstandsaktivitäten der Bästlein-Organisation in Hamburg 1943-1945

Während die verhafteten Mitglieder der Bästlein-Organisation noch im Hamburger Untersuchungsgefängnis auf ihre Prozesse warteten, kam es Ende Juli 1943 zu den schweren angloamerikanischen Luftangriffen auf die Hansestadt. Das öffentliche Leben war anschließend weitgehend gelähmt, Partei und Verwaltung erschienen vollständig paralysiert und allgemein wurde in Hamburg nach den schweren Zerstörungen mit einem raschen Kriegsende und dem baldigen Einmarsch alliierter Truppen gerechnet. In dieser Situation gewährte der Hamburger Generalstaatsanwalt Dr. Drescher Anfang August 1943 2.000 Straf- und Untersuchungsgefangenen in der Hansestadt einen zweimonatigen Hafturlaub. Und zu den dabei entlassenen Personen zählten auch über 50 Mitglieder der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation. KKKnapp die Hälfte von ihnen verabredete sich, nicht mehr ins Gefängnis zurückzukehren, sondern den Kampf gegen das NS-Regime aus der Illegalität heraus fortzuführen. An ihrer Spitze standen die ehemaligen Industriegruppenleiter der Bästlein-Organisation Walter Bohne und Gustav Bruhn. Für die Staatspolizeileitstelle Hamburg bedeutete die Beurlaubung der Widerstandskämpfer aus der Haft eine günstige Gelegenheit, um gegen die nach ihrer Auffassung arroganten Justizbehörden der Hansestadt vorzugehen, zu denen schon seit Jahren ein gespanntes Verhältnis bestand. Also wurde der Vorgang sofort nach Berlin gemeldet, und das Reichssicherheitshauptamt reagierte tatsächlich ebenso prompt wie erwartet: Binnen weniger Tage wurde für die Amtsenthebung des Hamburger Generalstaatsanwalts Dr. Drescher gesorgt, und noch im Herbst 1943 inszenierte das Leipziger Reichsgericht einen Prozeß wegen "schwerer Dienststraftaten" gegen ihn.

Die Staatspolizeileitstelle Hamburg bot nun alles auf, um die aus der Haft beurlaubten Mitglieder der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation wieder zu fassen. Dabei hatte sich ihre Arbeitsweise nach dem Desaster vom Herbst 1942 allerdings entscheidend geändert. Denn wie bei anderen Staatspolizeistellen im Reich war man nun auch in Hamburg von der repressiven Bekämpfung politischer Gegner zu ihrer präventiven Verfolgung durch sogenannte "Nachrichtenköpfe", d.h. Spitzel-Apparate, übergegangen. Gleichzeitig hatten das Auftreten des Berliner Kriminalinspektors Habecker und die Generalermächtigung des Reichssicherheitshauptamtes für "verschärfte Vernehmungen" in Sachen "Rote Kapelle" zu einer Brutalisierung der gesamten Tätigkeit des Dezernats II A (Bekämpfung des Kommunismus und Marxismus) der Hamburger Staatspolizeileitstelle geführt. Im Zuge dieser Entwicklung trat der 1902 in Halstenbeck geborene Kriminalsekretär Henry Helms, der

schon seit 1924 der Hamburger Schutzpolizei angehört hatte und 1936 zur Gestapo übergewechselt war, immer mehr in den Vordergrund. Nach verschiedenen Zeugenaussagen handelte es sich bei ihm um den Typus eines nationalsozialistischen Landsknechts, der als ebenso plump wie fanatisch galt und nicht weniger grob und skrupellos auftrat. Helms hatte bereits die Mitte 1942 einsetzenden Hamburger Ermittlungen gegen die Fallschirmspringer geführt und fungierte seither als Leiter eines "Sonderreferats" für die Bekämpfung des Widerstands aus der Arbeiterbewegung. Nachdem der stellvertretende Leiter des Dezernats II A, Kriminalinspektor Fritz Knuth bei den schweren Luftangriffen auf die Hansestadt Ende Juli 1943 ums Leben gekommen war, arbeitete Henry Helms weitgehend unkontrolliert und konnte in seinem "Sonderreferat" praktisch nach eigenem Gutdünken verfahren.

Zum wichtigsten Werkzeug des Kriminalsekretärs Helms wurde der 1907 in Hamburg geborene Maurer Alfons Pannek. Er hatte seit 1930 der KPD angehört und bis 1933 untergeordnete Funktionärsposten in der Hamburger Parteiorganisation innegehabt. Nach zweimaliger Verhaftung durch die "Kommandos z.b.V." war Alfons Pannek 1934 in die Tschechoslowakei emigriert, hatte 1937/38 am spanischen Bürgerkrieg teilgenommen und war dann nach Prag zurückgekehrt. Dort wurde er beim Einmarsch der deutschen Truppen verhaftet und anschließend der Staatspolizeileitstelle Hamburg überstellt. Nach wochenlangen schweren Folterungen versuchte Pannek sich zweimal vergeblich das Leben zu nehmen, trat darauf in den Hungerstreik und wurde künstlich ernährt. Durch die Torturen war er schließlich nervlich völlig zerrüttet, kam in eine Tobsuchtszelle und dann für fünf Monate in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn. Dort wurde Alfons Pannek endgültig gebrochen und erklärte sich letztlich bereit, mit der Gestapo zusammenzuarbeiten. Wegen seiner Tätigkeit für die Abschnittsleitung "Mitte" der KPD in Prag erfolgte im Juni/Juli 1941 zunächst noch eine Verurteilung zu sechs Jahren Zuchthaus, aber schon nach drei Monaten wurde Alfons Pannek aus der Strafhaft entlassen und der Gestapo für Spitzeldienste überstellt. Er arbeitete dann zunächst bei dem Lesemappenvertrieb Reckwell in Hamburg-Hoheluft, wo sein Bruder Georg Pannek als eine Art Geschäftsführer fungierte. Dabei erwiesen sich das Austragen der Lesemappen und die Werbung neuer Abonnenten als günstige Gelegenheiten, um die Arbeiterbevölkerung in den Stadtteilen Hoheluft und Eimsbüttel zu bespitzeln. Bei den Ermittlungen gegen die Fallschirmspringer wurde Alfons Pannek dann Mitte 1942 erstmals von Henry Helms herangezogen und arbeitete seither stets direkt mit ihm zusammen.

Noch im Herbst 1942 begannen Helms und Pannek mit dem Aufbau eines umfangreichen Spitzel-Apparates in Hamburg. Dabei suchte sich Alfons Pannek nicht nur selbst weitere Mitarbeiter, sondern ihm wurden laufend entsprechende Personen von der Geheimen Staatspolizei zugeführt. Mitte 1943 verlangte der so entstandene Apparat dann eine feste Institutionalisierung. Alfons und Georg Pannek gründeten daher im August 1943 einen eigenen Lesemappenvertrieb in Eppendorf, wobei sie kurzerhand den Kundenstamm des Unternehmens von Alfons Reckwell übernahmen. Als Reckwell, der schon seit 1941 zur Wehrmacht einberufen war, sich dagegen wehren wollte, wurde er nicht nur wegen angeblicher "staatsfeindlicher Äußerungen" denunziert, sondern die Staatspolizeileitstelle Hamburg setzte Georg Pannek auch offiziell als "Treuhänder" seines Unternehmens ein. Die gegen Reckwell erhobenen Vorwürfe erwiesen sich schließlich als derart haltlos, daß er am 2.6.1944 selbst in einem Prozeß vor dem Zentralgericht des Heeres in Ber-

lin, wo auch Helms und die Gebrüder Pannek als Zeugen auftraten, freigesprochen wurde. Unterdessen aber hatte Alfons Pannek den neuen Lesemappenvertrieb bereits zur Zentralstelle für seinen Spitzel-Apparat ausgebaut. In den Hinterräumen des Geschäftslokals unterhielt er ein eigenes Sekretariat, wo mehrere Schreibkräfte mit der Führung von Karteien und Akten über politisch verdächtige Personen betraut waren. Dabei wurden vor allem Äußerungen erfaßt, die auf eine regimekritische Einstellung, das Abhören ausländischer Sender oder die Bildung von Widerstandsgruppen schließen ließen. Und auf diese Weise erlangte Alfons Pannek im Herbst 1943 auch Kenntnis davon, daß die Seifenhandlung "Waschbär" in der Eimsbütteler Elisenstraße als Anlaufstelle für illegal lebende Mitglieder der Bästlein-Organisation fungierte. Inhaberin der Seifenhandlung war Magda Thürey, eine wegen ihrer KPD-Zugehörigkeit bereits 1933 aus dem Schuldienst entlassene Lehrerin. Auch ihr Ehemann, der Maschinenbauer Paul Thürey, war für die Staatspolizeileitstelle Hamburg kein Unbekannter, da er schon 1942 zu den aktiven Mitstreitern in der Bästlein-Organisation gezählt hatte. Also holte der Kriminalsekretär Helms nun zu einem neuen Schlag aus, ließ Magda Thürey in "Schutzhaft" nehmen und setzte kurzerhand seine Geliebte Anneliese Polze als Verwalterin der Seifenhandlung ein. Damit verfügte die Gestapo nun über ein zweites Standbein in den Hamburger Arbeiterbezirken, und auch Anneliese Polze lieferte bald regelmäßig Berichte über politisch verdächtige Personen.

1944 schien es Henry Helms zudem geboten, auch für sich und seine unmittelbaren Gestapo-Mitarbeiter ein Ausweichquartier zu beschaffen. Denn die häufige Anwesenheit der zahlreichen Spitzel am Hauptsitz der Hamburger Staatspolizeileitstelle hatte zu zahlreichen Unzuträglichkeiten geführt. So war Personen, die als Zeugen vernommen wurden, mehrfach die vertraute Zusammenarbeit zwischen Helms und Pannek aufgefallen - und im Zweifelsfall mußten diese Personen allein aus dem Grunde in "Schutzhaft" genommen werden, damit der Spitzel Pannek nicht "auffliegen" konnte. Schon die Kenntnis von der tatsächlichen Rolle Alfons Panneks kostete daher einigen Menschen das Leben. Daneben wollte Henry Helms aber auch seine zahlreichen "Geschäfte" lieber außerhalb der allgemeinen Gestapo-Verwaltung abwickeln. Denn der Kriminalsekretär mußte ja nicht nur die Gelder für seine schließlich mehr als zwei Dutzend Spitzel verwalten, sondern er erhielt vom Hauptwirtschaftsamt der Hansestadt Hamburg auch Lebens- und Genußmittel in nahezu unbeschränkter Menge als "Prämien" für seine Mitarbeiter. Und so blühte im Umfeld des Henry Helms bald der allgemeine Schwarz- und Schleichhandel. Im Frühjahr 1944 war es dann tatsächlich gelungen, als Ausweichquartier für den "Nachrichtenkopf" eine Wohnung in der Müggenkampstraße 18 zu beschaffen, die als "Dolmetscherbüro des Wirtschaftsamtes" getarnt wurde. Korruption und Unterschleif kannten nun praktisch keine Grenzen mehr. Helms und seine Kumpane eigneten sich nicht nur die Wertgegenstände festgenommener Personen wie Uhren, Schmuck und Bargeld an, sondern räumten auch ganze Wohnungs-einrichtungen Verhafteter aus. In die leerstehenden Räume konnten dann anschließend Schreibkräfte des "Nachrichtenkopfes" einziehen. Natürlich blieben diese Vorgänge auch den führenden Mitarbeitern der Staatspolizeileitstelle Hamburg nicht verborgen, und im Juni 1944 wurde der Helms-Mitarbeiter Heinrich-Carl Neddenin sogar vom zuständigen Hamburger SS- und Polizeigericht festgesetzt. Aber gegen Helms selbst trauten sich seine Vorgesetzten offenbar nicht vorzugehen. Denn dank der Tätigkeit von Alfons Pannek und seines Spitzel-Apparates konnte der Kriminalsekretärs ja immer wieder

"Erfolge" vorweisen. Und auch seine Vorgesetzten brauchten nach dem Desaster vom Herbst 1943 nichts dringender als eben solche "Erfolge", die nach Berlin gemeldet werden konnten.

Alfons Pannek hatte sich unterdessen immer mehr zu einem "agent provocateur" entwickelt. Durch seine von vielen Zeugen als "bie-der und treuherzig" beschriebene Art verstand er es, sich im Laufe der Zeit das Vertrauen zahlreicher NS-Gegner zu erwerben. Manchen alten Hamburger Kommunisten war Alfons Pannek auch noch von seiner Funktionärstätigkeit vor 1933 her bekannt, und Berichte aus dem spanischen Bürgerkrieg und von der Arbeit der Abschnittsleitung "Mitte" der KPD in Prag ließen ihn darüber hinaus besonders vertrauenswürdig erscheinen. War Pannek aber erst einmal in einen Kreis von Regimegegnern eingedrungen, so ließ er nicht locker, bis die Beteiligten zu verstärkten Aktivitäten angestiftet worden waren. Pannek beschaffte dazu illegale Schriften, regte das Abhören ausländischer Sender an, erbot sich, Waffen zu besorgen, und begann in einem Fall sogar Mitgliedskarten (!) für eine Widerstandsbewegung "KdF" (Kampf dem Faschismus) auszugeben. Auf diese Weise war er jederzeit in der Lage, seinem Hintermann Henry Helms "gefährliche Staatsfeinde" quasi auf Abruf ans Messer zu liefern - und Helms wie seine Vorgesetzten konnten sich dann jeweils mit angeblichen "Erfolgen" brüsten. Dabei fielen diesen "Erfolgen" laufend vollkommen unschuldige Menschen zum Opfer. Der eifernde Nationalsozialist Helms ließ etwa insbesondere Jagd auf eine Reihe sogenannter "Halbjuden" machen, und Pannek trieb auch in einem Verein tschechischer Arbeiter sein Unwesen, der ihn sogar zum "Bibliothekar" bestellte. Wer dann im "Nachrichtenkopf", dem "Polgefu" oder der Staatspolizeileitstelle den Torturen von Helms und seinen Kumpanen ausgeliefert war, unterschrieb schließlich auch als vollkommen Unbeteiligter ein "Geständnis". Seit der ersten Verhaftungswelle gegen die Bästlein-Organisation waren nämlich Folterungen und sonstige Übergriffe bei der Staatspolizeileitstelle Hamburg und insbesondere ihrem "Sonderreferat" zur Bekämpfung des Arbeiterwiderstands an der Tagesordnung.

Die Vorgehensweisen und Ermittlungspraktiken der Staatspolizeileitstelle Hamburg hatten sich seit Herbst 1942 also grundlegend geändert. Und das vor diesem Hintergrund entstandene "Sonderreferat" des Kriminalsekretärs Helms sowie der Spitzel-Apparat von Alfons Pannek mußten 1943/44 bei der Wiederergreifung der aus der Haft beurlaubten Mitglieder der Bästlein-Organisation eine wichtige Bewährungsprobe bestehen. Dabei war die Ausgangslage für die knapp 20 untergetauchten Mitstreiter der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation außerordentlich diffizil. Denn die Haftentlassung kam ja vollkommen überraschend, für einen Übergang in die Illegalität hatten keinerlei Vorbereitungen getroffen werden können, und es mangelte zunächst an allem - Lebensmitteln, Quartieren, Kleidung und Geld. In dem allgemeinen Durcheinander nach den schweren Luftangriffen von Ende Juli 1943 war es der Gruppe von Gustav Bruhn und Walter Bohne jedoch zunächst gelungen, eine Reihe von Kontakten zu zuverlässigen Freunden und Genossen wiederherzustellen. Dabei benötigte jeder Illegale meist einen ganzen Kreis von Unterstützern, der ihn mit Lebensmitteln, Nahrung, Quartieren, Kleidung, gefälschten Papieren und Geld versorgte. Bei den untergetauchten Mitgliedern der Bästlein-Organisation kam aber noch ihr Anspruch hinzu, auch die Widerstandsarbeit fortzusetzen. Es wurden daher schon bald wieder Treffen arrangiert. Man bemühte sich, abgerissene Kontakte zu Widerstandszirkeln in den Betrieben sowie zu Gruppen von Kriegs-

gefangenen und Zwangsarbeitern wiederherzustellen. Und es kam sogar zur Produktion erster neuer Kadermaterialien. Spätestens diese Aktivitäten erlaubten es aber auch Alfons Pannek und seinem Spitzel-Apparat einzuhaken. Denn wie bereits erwähnt konnte es natürlich nicht verborgen bleiben, daß beispielsweise die Seifenhandlung "Waschbär" nun als Anlaufstelle für die illegal lebenden Widerstandskämpfer fungierte.

Alfons Pannek gelang es darüber hinaus, sich schon im Herbst 1943 Gustav Bruhn unauffällig anzunähern und sein Vertrauen zu erwerben. Schließlich wohnte Gustav Bruhn sogar über mehrere Wochen bei Pannek, und der Gestapo-Agent konnte ihn in aller Ruhe über die übrigen Mitglieder der Widerstandsgruppe aushorchen. Henry Helms stand zu dieser Zeit tagelang hinter einem Vorhang in der Seifenhandlung "Waschbär", belauschte die Kundengespräche und konnte auf diese Weise die Spur von Hans Hornberger aufnehmen, der im Laden sogar mit seinen Widerstandsaktivitäten prahlte und eine mitgeführte Pistole vorzeigte. Mitte Dezember 1943 war Alfons Pannek dann zu dem Schluß gekommen, genug von Gustav Bruhn erfahren zu haben und lieferte ihn der Gestapo aus. Seine Festnahme wurde am 16.12.1943 bei einer Bahnfahrt vollzogen, so daß kein Verdacht auf Pannek fallen konnte. In den ersten Januartagen des Jahres 1944 verhaftete Henry Helms ebenfalls Hans Hornberger. Dabei wurde bekannt, daß am 5.1.1944 ein Treffen mit Walter Bohne am Kloostergarten stattfinden sollte. Kriminalsekretär Helms schlüpfte nun in die Kleidung von Hornberger, um Bohne unauffällig festnehmen zu können. Doch der durchschaute in letzter Sekunde das Spiel und eröffnete aus einer mitgeführten Pistole das Feuer auf seine Verfolger. Bei der anschließenden Schießerei wurde Walter Bohne tödlich getroffen. In seiner Brusttasche fand Henry Helms eine Milchkarte von Kurt Schill, dem Quartiergeber und Waffenbeschaffer Bohnes. Nachdem Schill und weitere Unterstützer der illegal lebenden Mitglieder der Bästlein-Organisation festgenommen worden waren, traf ein Schnellbrief Heinrich Himmeler ein, in dem dieser aus Rache für den nun z.T. bewaffneten Widerstand die Liquidation von Elisabeth und Gustav Bruhn, Hans Hornberger und Kurt Schill anordnete. Sie wurden am 14.2.1944 im KZ Neuengamme erhängt.

Das "Sonderreferat" des Kriminalsekretärs Helms und der Spitzel-Apparat um Alfons Pannek hatten damit ihre Bewährungsprobe bestanden. Binnen weniger Monate war es ihnen gelungen, die führenden Köpfe der untergetauchten Mitglieder der Bästlein-Organisation sowie eine Reihe ihrer Mitstreiter und Unterstützer auszuschalten. Die noch in Freiheit befindlichen Illegalen, die sich nun um Anne Bohne und Heinz Nilsson scharten, wurden weiterhin gnadenlos verfolgt. Gemeinsam mit ihren Unterstützern führten sie nun ein Leben in permanenter Hatz und Angst. Denn Henry Helms und seine Kumpane gingen zunehmend rücksichtsloser vor, verstrickten immer mehr Unbeteiligte in das Geschehen und konnten bis Kriegsende noch eine Reihe weiterer Festnahmen durchführen, denen auch Anne Bohne und Heinz Nilsson nicht entgingen. Die letzten Reste der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation waren allerdings selbst im April 1945 noch aktiv: Mit Flugblättern riefen sie dazu auf, den sinnlosen Kampf deutscher Einheiten gegen die auf Hamburg vorrückenden Briten einzustellen.

Bereits am 12.1.1944 war vor dem Volksgerichtshof in Berlin der erste Prozeß gegen einen Teil des Hamburger Unterstützernetzes der Fallschirmspringer inszeniert worden. Gegen alle drei Ange-

klagten, nämlich Katharina Fellendorf, Herbert Bittcher und Willi Milke, wurde die Todesstrafe verhängt. In einem zweiten "Fall-schirmspringer-Prozeß" am 26.10.1944 erging dann auch gegen Marie und Heinz Priess das Todesurteil; zahlreiche ihrer Mitangeklagten wurden zu langjährigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt. Schon im Mai 1944 hatten die sogenannten "Hamburger Kommunistenprozesse" begonnen. Dabei wurden in zwölf Verhandlungen, die je zur Hälfte von dem in Hamburg tagenden Volksgerichtshof und dem Hanseatischen Oberlandesgericht stattfanden, 47 Mitglieder der Bästlein-Organisation abgeurteilt. Allein der 2. Senat des Volksgerichtshofes verhängte in der Zeit zwischen dem 3. und 8.5.1944 14 Todesurteile in Hamburg. Zehn der Verurteilten wurden am 26.6.1944 im Hamburger Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis hingerichtet. Als Franz Jacob in Berlin durch Charlotte Groß, die ihm schon im Herbst 1942 bei seiner Flucht behilflich war und seither als Kurierin fungierte, von den "Kommunistenprozessen" in seiner Heimatstadt erfuhr, verfaßte er im Juni 1944 ein zweiseitiges Flugblatt. Unter der Überschrift "An die Hamburger Kommunisten und revolutionären Arbeiter!" hieß es: "Genossen! Wir trauern um Euch! Eure besten Genossen sind tot! Als tapfere und unerschrockene Kämpfer unserer illegalen Partei sind sie gefallen." Franz Jacob forderte in seinem Flugblatt dazu auf, den Widerstand gegen das NS-Regime fortzusetzen, eine "feste politische Führung" zu schaffen, dabei aber "die unseelige Spaltung der deutschen Arbeiterklasse politisch und organisatorisch zu überwinden." Das Flugblatt schloß mit den Parolen: "Es lebe unsere Hamburger Partei! Es lebe der Kampf der Hamburger Arbeiter gegen Faschismus und Krieg! Es lebe der Sieg unserer Sache in Deutschland und Europa!" und war mit "Z.K. der Kommunistischen Partei Deutschlands" gezeichnet. Über Charlotte Groß gelangten auch mehrere Dutzend Exemplare der Flugschrift nach Hamburg. Allerdings wurde kurz darauf auch Charlotte Groß verhaftet und gemeinsam mit Katharina Jacob, die ihren Ehemann im Januar und März 1944 in Berlin besucht hatte, im September 1944 vor dem Volksgerichtshof angeklagt. Während Charlotte Groß eine zehnjährige Zuchthausstrafe erhielt, wurde Katharina Jacob freigesprochen, aber von der Gestapo kurzerhand ins KZ Ravensbrück eingewiesen. Unterdessen liefen auch andere Verfahren gegen Mitglieder der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation weiter, und noch auf den 26. April 1945 war ein neuer Prozeß in Hamburg terminiert. Doch während dieser Prozeß nicht mehr durchgeführt werden konnte, kam es am 21. und 23. April 1945 noch zur Liquidation von 71 Personen im KZ Neuengamme, unter denen sich auch zwölf Mitstreiter der Bästlein-Organisation befanden.

Insgesamt ließen über 70 Mitglieder der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation ihr Leben im Kampf gegen das menschenverachtende Regime des Nationalsozialismus. Die Organe der SS und Polizei liquidierten mindestens 24 von ihnen. Mehr als 22 wurden justizförmig ermordet. Mindestens 16 kamen in der Haft um oder wurden in den Selbstmord getrieben. Und mehr als 10 verloren ihr Leben auf Grund anderer Verfolgungsmaßnahmen oder verstarben an den Haftfolgen.

9. Die Widerstandstätigkeit von Franz Jacob und Bernhard Bästlein in Berlin 1942-1945

Nach seiner Flucht aus Hamburg war es Franz Jacob im November 1942 in Berlin gelungen, Verbindung zu Anton Saefkow aufzunehmen, mit dem er schon vor 1933 viele Jahre lang zusammengearbeitet

hatte. Denn der 1903 in Berlin geborene Saefkow war in der Endphase der Weimarer Republik als Organisationsleiter der KPD-Bezirksleitung "Wasserkante" in Hamburg tätig gewesen. Und gemeinsam bauten Saefkow und Jacob nun aus den Resten der Uhrig- und Schulze-Boysen/Harnack-Organisation die wohl größte deutsche Widerstandsorganisation während des Krieges in Berlin auf, die auch über ausgedehnte Kontakte zu den Widerstandsgruppen von Dr. Theodor Neubauer und Georg Schuhmann in Sachsen und Thüringen verfügte. Dabei basierte die Berliner Saefkow-Organisation ebenfalls vor allem auf Widerstandsgruppen in den Betrieben und bemühte sich darüber hinaus um eine intensive Zusammenarbeit mit Gruppen von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Bereits seit Ende 1943 vertrat die Berliner Widerstandsorganisation eine zunehmend eigenständige politische Linie im Sinne des zunächst von Moskau propagierten "Nationalkomitee Freies Deutschland". Vor allem Franz Jacob wandelte sich offenbar in seinen Berliner Jahren von einem dogmatischen Hamburger Aktivisten zu einem in seinen theoretischen Überlegungen weitgehend unabhängigen Kommunisten.

Nach schweren Luftangriffen auf Berlin am 30. Januar 1944 konnte auch Bernhard Bästlein, der unterdessen in die Strafanstalt Berlin-Plötzensee überführt worden war, aus der Haft entkommen. Er soll dabei aus einem zerstörten Zellentrakt über das Dach des Hinrichtungsschuppens in Plötzensee geflüchtet sein. Nachdem ihn zunächst französische Kriegsgefangene im Berliner Wedding von seinen Handfesseln befreit hatten, nahmen sich Kommunisten im Norden Berlins seiner an. Im April 1944 konnte dann der Kontakt zu Anton Saefkow und Franz Jacob hergestellt werden. Bernhard Bästlein wurde sofort in den "Dreierkopf" der Berliner Widerstandsorganisation aufgenommen, wenn sein direkter Einfluß dort auch gering geblieben sein dürfte. Denn bereits Ende Mai 1944 erfolgte die erneute Verhaftung. Zu dieser Zeit war es bereits zu Besprechungen zwischen den Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein einer- sowie Anton Saefkow und Franz Jacob andererseits über die Staatsstreichpläne gekommen, die zum 20. Juli 1944 führten. Dabei wurde eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten für den Fall eines gelungenen Staatsstreiches gegen das NS-Regime ins Auge gefaßt. Leber weigerte sich jedoch, genauere Einzelheiten über die geplanten Aktionen des militärischen Widerstands mitzuteilen, da er - wie er Saefkow ausdrücklich erklärte - befürchtete, daß die kommunistische Betriebszellenorganisation mit Gestapo-Spitzeln durchsetzt sei. Mit dieser Befürchtung sollte Julius Leber Recht behalten. Denn schon Anfang Juli 1944 wurden sämtliche Teilnehmer an den Besprechungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Berlin verhaftet. Und nun begann die Gestapo auch, die Saefkow-Organisation nach bewährtem Muster aufzurollen.

Bernhard Bästlein mußte nach seiner Verhaftung Ende Mai 1944 noch einmal unmenschliche Folterungen in der "Zentrale des Terrors", dem Reichssicherheitshauptamt in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße 8, ertragen. Tagelang wollten Augenzeugen die stets wiederholte Frage "Wie heißt der Dreierkopf?" und Bernhard Bästleins Antwort "Wenn Ihr ihn haben wollt, dann holt ihn Euch doch selbst!" gehört haben. Schließlich stand auch er am 5.9.1944 noch einmal gemeinsam mit Anton Saefkow und Franz Jacob vor dem Volksgerichtshof in Berlin. Ihnen wurde vorgehalten, "im fünften Kriegsjahr die KPD in einem derartigen Umfang wieder aufgezo- gen [zu haben] ..., daß hierdurch für das Reich die allergrößten Gefahren heraufbeschworen wurden." Weiter hieß es im Urteil über

die drei Angeklagten: "Sie sind unbelehrbar und unverbesserlich." Also erging die Todesstrafe. Am 18. September 1944 wurden Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Anton Saefkow im Zuchthaus Brandenburg an der Havel mit dem Fallbeil hingerichtet.



Abb. 9: KPD-Veranstaltung in Köln um 1947. Am Tisch vorne rechts sitzt als Dritter von links der KPD-Vorsitzende Max Reimann. Im Hintergrund ist ein verzeichnetes Porträt Bernhard Bästleins zu erkennen. Die Parole "Im Geiste Bernhard Bästleins ... für eine starke kommunistische Partei" beginnt sich oben links bereits langsam abzulösen. Offenbar wollten es schon damals mit der parteioffiziellen Heldenverehrung nicht mehr so recht gelingen (Foto: Privatbesitz Klaus Bästlein)

Nachbemerkung:

In seinem letzten Brief an Johanna Bästlein, geschrieben unmittelbar nach der Flucht aus dem Gefängnis Plötzensee, hatte Bernhard Bästlein am 31.1.1944 erklärt: "Der Krieg geht mit Riesenschritten seinem Ende entgegen, und ich will meinen Teil dazu beitragen. Ob ich das Ende noch erleben werde, vermag ich natürlich nicht zu sagen, aber schön wäre es. - Halte den Kopf hoch und denke daran, daß wir am Ende doch die Sieger sind!"

Auf die Frage, was Bernhard Bästlein wohl getan hätte, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, tatsächlich noch das Ende des Krieges zu erleben, antwortete Johanna Bästlein kurz vor ihrem Tode 1982: "Wir wären sicher in die DDR oder die damalige sowjetische Besatzungszone gegangen, und Bernhard hätte einen Posten als Staatssekretär oder Minister übernommen. Aber ob er sich mit dem Spitzbart [gemeint war Walter Ulbricht, d. Verf.] vertragen hätte, das weiß ich nicht"

10. Anlage:

Erklärung Bernhard Bästleins vor der Hamburger Gestapo vom 30.11.1942

-II A 1 - 3301/42 -

Hamburg, den 30.11.1942

B ä s t l e i n macht nach Abschluß seiner Vernehmung folgende Angaben über seine heutige Einstellung und die Gründe für seine illegale Betätigung:

"Als Richtschnur für diese meine Ausführungen nannte mir mein Sachbearbeiter ein Wort des Reichsführers-SS Himmler, daß man mannhaft für seine Tat eintreten solle, auch wenn die Strafe hart sein wird. Es gibt jedoch Dinge, die aus nervöser Überspannung oder aus sonstigen, mit der Veranlagung eines Menschen in Verbindung stehenden Ursachen geschehen, für die man nicht "mannhaft eintreten" kann, und die der Täter oft unmittelbar nach der Tat ernsthaft bereut. Dagegen gibt es Taten, die aus weltanschaulicher Verankerung des Täters erwachsen, und die aufgrund bestimmter Ansichten über Lebens- und Gesellschaftsverhältnisse entstehen. Für solche Taten gilt das Wort des Reichsführers-SS.

Ich betrachte mich als Täter aus weltanschaulicher Überzeugung und bin deshalb gewillt, für meine Tat mannhaft einzustehen. Dabei handelt es sich bei mir nicht um eine Tat, auch nicht um eine Tat, sondern um eine auf verschiedenen Ursachen begründete fortgesetzte Handlung, die mit einer gewissen Eigengesetzlichkeit sich fortlaufend entwickelte. Die Grundlage meiner Einstellung ist eine sozialistische Erziehung im Elternhaus und in der proletarischen Jugendbewegung. Dort lernte ich die Ideen des Sozialismus kennen, für die ich während meines ganzen Lebens mannhaft und ohne Schwanken eingetreten bin.

Meine illegale Arbeit während des letzten Jahres wurde vorwiegend von zwei Faktoren bestimmt, die meiner Bereitschaft, gegen die bestehenden Gesetze zu handeln, den entscheidenden Anstoß gaben. Der erste Faktor war meine siebenjährige Haft von 1933-1940 - davon 4 Jahre in Konzentrationslagern -, während der ich entsetzliche Dinge erlebt, gesehen und gehört habe. Diese Zeit hat mir jede Möglichkeit des Zweifelns in Bezug auf meine weltanschauliche Grundeinstellung genommen, denn meine Überzeugung, daß eine Gesellschaftsordnung, in der solche Dinge möglich sind, wie ich sie erlebte, beseitigt werden muß, wurde dadurch grundfest gemacht, soweit das bisher noch nicht der Fall war.

Der zweite Faktor war der 1939 begonnene 2. Weltkrieg, der in mir alle Erinnerungen an den Krieg 1914-18 weckte, den ich zwei Jahre als Frontsoldat vor Ypern, an der Somme, vor Verdun und an anderen Frontabschnitten der Westfront mitmachte. Er verstärkte in mir die Überzeugung, daß, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, es immer wieder zu solchen, alle humani-

tären Regungen der menschlichen Gesellschaft und ungeheure materielle Güter zerstörenden Kriegen kommen wird. Ich dachte an jene Millionen Menschen, die wie damals ihr Leben auf den Schlachtfeldern erleben würden.

Als Kommunist bin ich der Überzeugung, daß die Wirtschaft, die industrielle Entwicklung der Staaten, neben ihren menschlichen Reserven den entscheidenden Anteil an der Stärke und Kriegskraft eines Volkes ausmachen. Die Verteilung der kriegswichtigen Rohstoffe, die Beherrschung der strategisch wichtigsten Land- und Seeverkehrswege, sowie der geographische Raum und die geographische Lage eines Landes bilden für den Ausgang eines Krieges die entscheidenden Faktoren. Diese, Sieg oder Niederlage in einem Kriege bedingenden Faktoren sind, wie im Kriege 1914-18, auch im gegenwärtigen Kriege fast restlos auf der Seite der Gegner Deutschlands, so daß ich schon bei Beginn dieses Krieges eine Niederlage Deutschlands für unabwendbar hielt. Dazu kam meine Überzeugung, daß dieser Krieg trotz des zwischen Deutschland und der Sowjetunion vor Kriegsbeginn abgeschlossenen Paktes vor den Grenzen der U.d.S.S.R. nicht haltmachen würde. Ich betrachte die Sowjetunion als den in Wirtschafts- und Gesellschaftsform gegenüber den kapitalistischen Staaten höchstentwickelten Staat, der in schweren, vom Zarismus als Erbe übernommenen Kultur-, Wirtschafts- und sozialen Zuständen den ersten Versuch in der Geschichte der Menschheit unternahm, eine wahre sozialistische Gemeinschaft zu schaffen. Dieser Krieg hat auch diesen Staat in den Strudel der Vernichtung materieller, kultureller und ideeller Güter gezogen und legt auch ihm die ungeheuerlichsten Opfer an Menschen auf.

Da für mich der Ausgang dieses Krieges unzweifelhaft feststeht, kam es darauf an, den die Niederlage Deutschlands besiegelnden Frieden so schnell als möglich herbeizuführen, damit an die Stelle der revolutionär durch Kriegsgewalt vorwärtsgetriebenen Entwicklung wieder die Revolution tritt, die auf der Grundlage des Friedens sich aufbauende Entwicklung nach den Gesetzen der Dialektik, wie sie die modernen philosophischen Systeme seit Hegel vertreten.

So war meine Arbeit dazu bestimmt, so schnell wie möglich den Frieden und die Beendigung des meiner Meinung nach sinnlosen Blutvergießens herbeizuführen.

Diese beiden Faktoren - meine siebenjährige Haft und der Krieg - waren die Triebfeder, die mich zur illegalen Arbeit anregten. Ich bin dazu weder von jemandem 'verführt' worden, noch bedurfte es dazu einer besonderen Anregung, abgesehen von der Zuspitzung der weltpolitischen Situation. Der eigentliche Anlaß, meine nach der Haftentlassung angeknüpften Bekanntschaften teilweise zu aktiver Mitarbeit zusammenzufassen, war die Erweiterung des Krieges im Osten, gegen die Sowjetunion. Seit dem Beginn des Ostkrieges bin ich Schritt für Schritt weitergegangen, bis in Hamburg eine Leitung und eine Verbindung nach Berlin bestand.

Die weiteren Arbeiten entwickelten sich zwangsläufig, und so ist auch meine Beziehung zu den Fallschirmspringern zu erklären, die ich in Hamburg nicht ihrem Schicksal überlassen konnte, weil ihr Erscheinen in Deutschland für mich der Willensausdruck meiner politischen Freunde in der Sowjetunion war, auch dieses Gebiet der illegalen Arbeit in Angriff zu nehmen.

Ich werde keine Gelegenheit haben, die entsetzlichen Erlebnisse meiner siebenjährigen Haft, die einen entscheidenden Einfluß auf meinen Willen zur illegalen Arbeit hatten, im einzelnen darzulegen, ich werde trotzdem hart für meine Tätigkeit bestraft werden. Das Recht eine harte Strafe über mich zu verhängen, ergibt sich aus den zur Zeit in Kraft befindlichen Gesetzen, die ich, da ich bewußt dagegen verstoßen habe, nicht anerkenne. Indem ich jedoch für meine Tat einstehe, erwarte ich, daß auch nur die gesetzliche Härte einer Strafe gegen mich in Anwendung kommt, und keine Auffrischung jener Methoden, die ich im Konzentrationslager sah, mich treffen wird. Sollte das dennoch der Fall sein, werde ich bemüht sein, sie ebenso mannhaft zu ertragen, wie ich für meine Tat einstehe."

Selbst gelesen und für richtig befunden.

gez. Bernhard Bästlein

Aus: Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Akte Bästlein-Gruppe, Abschrift aus Akten des Verfahrens OJs 1016/43 g gg. Werner u.A. im Archiv der Staatsanwaltschaft bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht, gefertigt 1950

Da die Akten des Verfahrens OJs 1016/43 g der Forschungsstelle 1950 vorlagen, besteht kein Zweifel an der Authentizität der Abschrift. Das Original der Erklärung Bernhard Bästleins vom 30.11.1942 ist auf bislang ungeklärte Weise aus den Akten des Verfahrens OJs 1016/43 g abhanden gekommen.

11. Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

1. Archiv der Staatsanwaltschaft beim Hanseatischen Oberlandesgericht, Hamburg

Restakten des Verfahrens O Js 1016/43g gegen Werner u.A. Enthaltend u.a.: Einführungsbericht der Staatspolizeistelle Hamburg zur Hochverratssache "Bästlein und andere" vom 2.1.1943; Ermittlungsvorgänge Böse, Ebhardt, Heykendorf, Eisermann, Rumpf; Urteile des HOLG gegen Anasch u.A. v. 7.3.1944, Werner u.A. v. 10.3.1944, Hansen v. 14.3.1944, Enderling u.A. v. 17.3.1944; diverse Einzeldokumente.

2. Archiv der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg

Akten des Verfahrens 14 Js 259/47 gegen Helms u.A., 20 Bde (Ermittlungs- und Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen gegen ehemalige Mitarbeiter der Staatspolizeileitstelle Hamburg aus den Jahren von 1945 bis 1949).

Enthaltend u.a. diverse Zeugenaussagen zu folgenden Themenkomplexen: Aufbau und Organisation der Staatspolizeileitstelle Hamburg sowie der Dienststellen des Inspektors der Sicherheitspolizei und des Höheren SS- und Polizeiführers Nordsee in Hamburg, Folterungen im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel, Exekutionen im KZ Neuengamme 1944 und 1945, Aufrollung der "Abschnittsleitung Nord" der KPD 1940/41, Verfolgung der Bästlein-Organisation 1942-1945, Verfolgung anderer Widerstandsgruppen in Hamburg, Spitzelapparat der

Stapoleitstelle Hamburg 1943-1945. Enthält desweiteren folgende Abschriften: Anklageschriften des ORA beim VGH gegen Reber u.A. v. 26.2.1944, Friede u.A. c. 26.2.1944, Groß u.A. v. 22.8.1944; Feldurteil des Zentralgerichts des Heeres in Berlin gegen Reckwill v. 2.6.1944; Urteil des VGH gegen Saefkow, Jacob und Bästlein v. 31.8.1944.

3. Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Akte Bästlein-Gruppe

Enthaltend u.a.: Abschriften von Aussagen Bernhard Bästleins vor der Gestapo 1942, Abschriften und Fotokopien diverser Einzeldokumente, Vermerke und Aufzeichnungen Berthold Biermann über seine Recherchen zur Bästlein-Organisation 1950.

4. Archiv der Thälmann-Gedenkstätte, Hamburg

Diverse Unterlagen und Materialien

Enthaltend u.a.: Kopie der Anklageschrift des ORA beim VGH gegen Hornberger u.a. v. 31.1.1944, Bericht Heinz Nilssons über seine Tätigkeit in der Bästlein-Organisation von 1945/46.

5. Staatsarchiv Hamburg

Abt. 213-1 Generalakten des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg

Abt. 213-3 Generalakten des Landgerichts Hamburg

6. Bundesarchiv, Koblenz

Bestand R 22 Generalakten des Reichsjustizministeriums

Bestand R 58 Akten des Reichssicherheitshauptamtes

Bestand NS 19 neu Akten des Persönlichen Stabes des Reichsführers-SS

7. Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf

Bestand RW 34 Generalakten der Staatspolizeistelle Köln

Bestand RW 36 Generalakten der Staatspolizei(leit)stelle Düsseldorf

Bestand RW 58 Personenakten der Staatspolizei(leit)stelle Düsseldorf

8. Institut für Marxismus-Leninismus/Zentrales Parteiarchiv der SED, Berlin (Ost)

NJ 1500 Anklageschrift des ORA beim VGH gegen Bästlein u.A. v. 1.11.1943

9. Berlin Document Center

Anklageschrift des ORA beim VGH gegen Weise u.a. v. 16.6.1943; Urteil des VGH gegen Weise u.a. v. 8.10.1943

10. Privatbesitz Klaus Bästlein

Teilnachlaß Bernhard Bästlein

Enthaltend u.a.: Zeugnisse, Arbeitspapiere, Mitgliedsbücher, Briefe aus der Haft 1942-1944, Fotokopien.

Aufzeichnungen aus Gesprächen mit Johanna Bästlein (+) vom
17. und 20.3.1982

II. GEDRUCKTE QUELLEN

1. Gesamtdarstellungen

Hans-Robert Buck, "Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Hamburg 1936 bis 1945", Diss. phil. München, Augsburg o.J. (ca. 1970)

Ursula Puls (d.i.: Ursel Ertel-Hochmuth), "Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf in Hamburg und an der Wasserkante während des zweiten Weltkrieges", hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1959

Ursel Ertel-Hochmuth, "Widerstandsorganisation Bästlein-Jacob-Abshagen". in: Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer, "Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Berichte und Dokumente", Frankfurt/M. 1969, S. 341-386

Ursel Ertel-Hochmuth, "'Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg!' Über den Widerstand der KPD in Hamburg während des Zweiten Weltkrieges", in: Jörg Berlin (Hrsg.), "Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Mittelalter", Frankfurt/M. 1981, S. 283-305

Helen Roggenbruck, "Der Widerstandskampf der illegalen KPD während des zweiten Weltkrieges in den wichtigsten Zügen und an den Schwerpunkten der inneren Front (unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes der Hamburger Kommunisten)", Diss. phil. am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Maschinenschrift, Berlin (Ost) 1961

2. Literatur zu den einzelnen Kapiteln des Aufsatzes

a) Kapitel 1: Zur Ausgangslage. Verfolgung und Widerstand in Hamburg 1933-1936

Ursula Büttner/Werner Jochmann, "Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931-1933", Hamburg 1983

Karl Ditt, "Sozialdemokraten im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches", Hamburg 1984

"Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933", hrsg. und kommentiert von Henning Timpke, Hamburg 1983

Angelika Ebbinghaus/Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth, "Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich", Hamburg 1984

Ludwig Eiber, "Aspekte des Verfolgungsapparates in Hamburg 1933/34", in: Ders., "Verfolgung-Ausbeutung-Vernichtung. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1933-1945", Hannover 1985

Werner Johe, "Die gleichgeschaltete Justiz. Organisation des Rechtsweges und Politisierung der Rechtsprechung 1933-1945.

dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichts Hamburg",
Diss. phil Hamburg, Frankfurt/M. 1967

Hans Robinsohn, "Justiz als politische Verfolgung. Die
Rechtsprechung in 'Rasseschandefällen' beim Landgericht Ham-
burg 1936-1943", Stuttgart 1977 (Schriftenreihe der
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 35).

Angelika Voß/Ursula Büttner/Hermann Weber, "Vom Hamburger
Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik
1923-1933 in Hamburg und im Deutschen Reich", Hamburg 1983

b) Kapitel 2: Ein Zwischenspiel. Die Abschnittsleitung Nord der
KPD in Kopenhagen 1936-1940

Klaus Bästlein, "Schleswig-Holstein in den 'Meldungen wich-
tiger staatspolitischer Ereignisse' - August 1942 bis Novem-
ber 1944", in: INFO des Arbeitskreises zur Erforschung des
Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Nr. 7/8 (1986),
S. 4-45

"Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar - 1. Februar
1939)", hrsg. und eingeleitet von Klaus Mammach, Berlin (Ost)
1974

"Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.- 15. Oktober 1935)",
hrsg. und eingeleitet von Klaus Mammach, Berlin (Ost) 1975

Ralf Deppe, "Die sozialdemokratische Emigration in Dänemark
- ein Überblick", in: Grenzfriedenshefte Nr. 2/1984, S. 97-
111

Susanne Heim, "Die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein
1928/29. Eine Analyse ihrer sozioökonomischen Entste-
hungsbewegungen und politischen Aktionsformen", Politolo-
gische Diplomarbeit Hamburg, Maschinenschrift, Hamburg 1980

Beatrix Herlemann, "Die Emigration als Kampffosten. Die
Anleitung des kommunistischen Widerstands in Frankreich,
Belgien und den Niederlanden", Königstein i.T. 1982

Ole Stender-Petersen, "Den tyske, kommunistiske emigration i
Danmark 1933-1945", in: Meddelelser om Forskning i Arbejder-
bevaegelsens Historie, Nr. 10 (1978), S. 4-17

Horst Peters, "Zuchthausstrafen für Volksschädlinge. Eine
Gruppe Kieler Sozialdemokraten im Widerstand gegen den
Nationalsozialismus", in: "Wir sind das Bauvolk", hrsg. vom
Arbeitskreis "Demokratische Geschichte", Kiel 1985, S. 11-29

Werner Petrowsky, "Lübeck - eine andere Geschichte. Ein-
blicke in Widerstand und Verfolgung in Lübeck 1933-1945",
hrsg. vom Zentrum/Jugendamt der Stadt Lübeck, Lübeck 1986

Max Spangenberg, "Antifaschistischer Kampf deutscher Kommu-
nisten in Dänemark", in: Beiträge zur Geschichte der Arbei-
terbewegung, Heft 4/1977, S. 617-635

c) Kapitel 3: Zum biographischen Hintergrund der Hauptakteurè
der Bästlein-Organisation

"Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933", hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München, und der Research Foundation for Jewish Immigration, Inc., New York, Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, 1980

"Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biographien und Briefe", hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 2 Bde., Berlin (Ost) 1970

Harry Naujoks, "Mein Leben im KZ Sachsenhausen. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten", bearbeitet von Ursel Hochmuth, hrsg. von Magda Naujoks und dem Sachsenhausen-Komitee für die BRD, Köln 1987

Karl Schirdewan, "Bernhard Bästlein. Studie über einen Berufsrevolutionär. Sein Wirken in der Illegalität", in: Einheit. Theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus, 3. Jahrg./Heft 8 (August 1948), S. 720-729

- d) Kapitel 5: Der Aufbau der nordwestdeutschen Widerstandsorganisation und ihre Kontakte nach Berlin 1940/41

Karl Heinz Biernat/Luise Kraushaar, "Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation im antifaschistischen Kampf", Berlin (Ost) 1970

Luise Kraushaar, "Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus 1936 bis 1942. Robert Uhrig und Genossen", Berlin (Ost) 1981

Hermann Langbein, "... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in nationalsozialistischen Konzentrationslagern", Frankfurt/M. 1980

- e) Kapitel 6: Die Widerstandsaktivitäten der Bästlein-Organisation und ihre politische Orientierung 1942

Klaus-Dieter Brüggemann/Margarete Dreibrodt/Hans Joachim Meyer/Otto Nehring, "Die Anderen. Widerstand und Verfolgung in Harburg und Wilhelmsburg. Zeugnisse und Berichte 1933-1945", hrsg. von der VVN Harburg und Wilhelmsburg, 2. Aufl., Hamburg 1981

"Kennen Sie Eimsbüttel? Neue Erzählungen und Photographien", hrsg. von der Galerie Morgenland, Redaktion: Beate Meyer, Hamburg 1985

Beatrix Herlemann, "Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation", Bonn 1986

Inge Marbolek/Rene Ott, "Bremen im Dritten Reich. Anpassung - Widerstand - Verfolgung", Bremen 1986

"Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933-1945", hrsg. im Auftrag der Bezirksleitungen Neubrandenburg, Rostock und Schwerin der SED von einem Redaktionskollektiv, Berlin (Ost) 1985

- f) Kapitel 7: Die "Fallschirmspringer-Affäre" und die erste

Verhaftungswelle 1942

Heinz Höhne, "Kennwort Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle", Frankfurt/M. 1972

Gertrud Meyer, "Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente 1933-1945", Frankfurt/M. 1971

Günther Nollau/Ludwig Zindel, "Gestapo ruft Moskau. Sowjetische Fallschirmagenten im 2. Weltkrieg", München 1979

Gert Rosiejka, "Die Rote Kapelle. 'Landesverrat' als antifaschistischer Widerstand", Hamburg 1986

"Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem 'Prinz-Albrecht-Gelände'. Eine Dokumentation", hrsg. von Reinhard Rürup, Berlin 1987

Johannes Tuchel/Reinhold Schattenfroh, "Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8: Hauptquartier der Gestapo", Berlin 1987

- g) Kapitel 8: Die Verfolgung von Widerstandskämpfern der Bästlein-Organisation in Hamburg 1943-1945

Curt Bär, "Von Göttingen über Osleb nach Godesberg. Politische Erinnerungen eines Hamburger Pädagogen 1919-1945", Hamburg 1979

Margot Pikarski/Günter Uebel, "Die KPD lebt! Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933-1945", Berlin (Ost) 1980

- h) Kapitel 9: Die Widerstandstätigkeit von Franz Jacob und Bernhard Bästlein in Berlin 1942-1945

Gerhard Nitsche, "Die Saefkow-Jacob-Bästlein Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (1942-1945)", Berlin (Ost) 1957

Klaus Bästlein

Nachdruck des Aufsatzes aus: Beate Meyer/ Joachim Szodrzynski (Hrsg.), "Vom Zweifeln und Weitermachen. Fragmente der Hamburger KPD-Geschichte. Für Helmuth Warnke zum 80. Geburtstag", Hamburg 1988, S. 44-89

II. BERICHTE

II. 1. "Reinbek in der Zeit des Nationalsozialismus" - Geschichte eines Projektes im Rahmen eines Schülerwettbewerbs.

Im Oktober 1987 entschloß ich mich, mit einer Klasse 10 der Realschule Reinbek an einem Schülerwettbewerb zum Thema "Reinbek zur